

22. Sessionsrückblick von Nationalrat Thomas Aeschi

Frühlingsession 2017



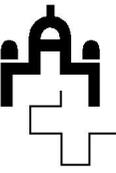
-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 3. Besuch im Bundeshaus
 4. Aktualitäten

1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr

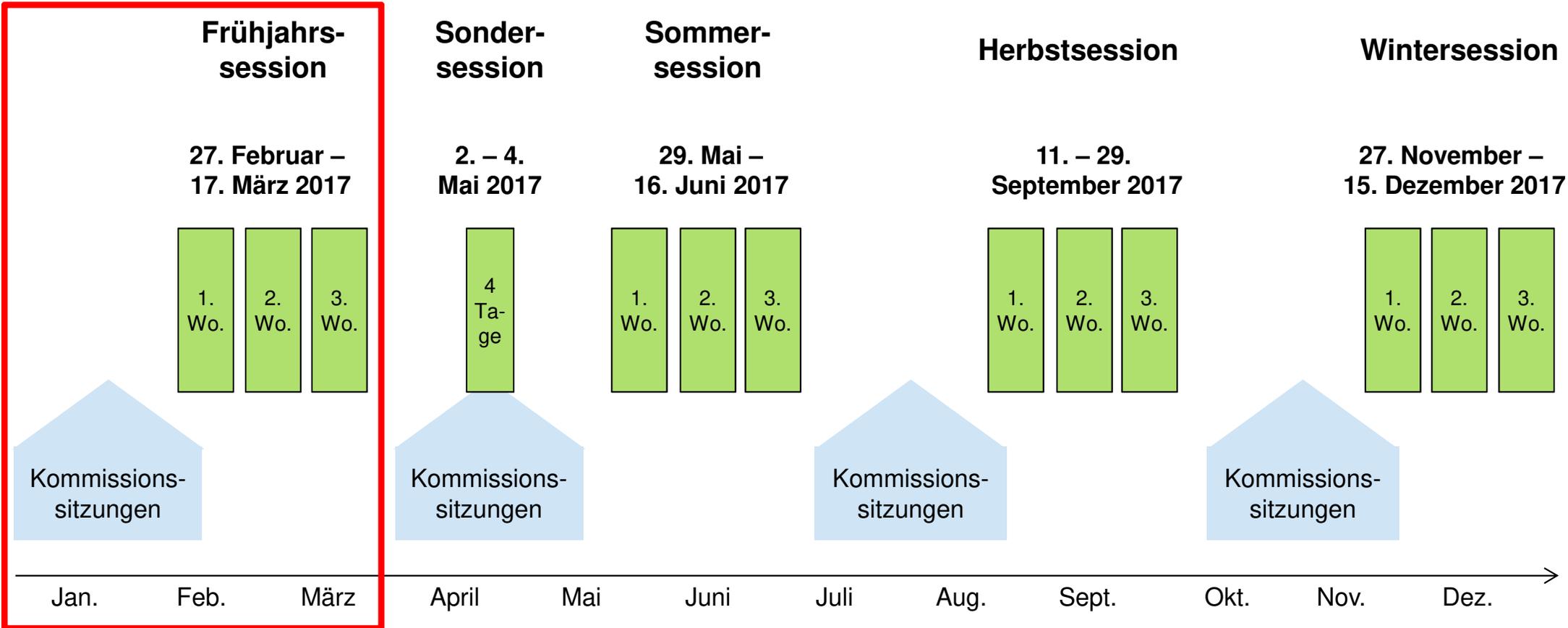
2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session

3. Besuch im Bundeshaus

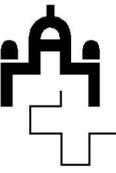
4. Aktualitäten



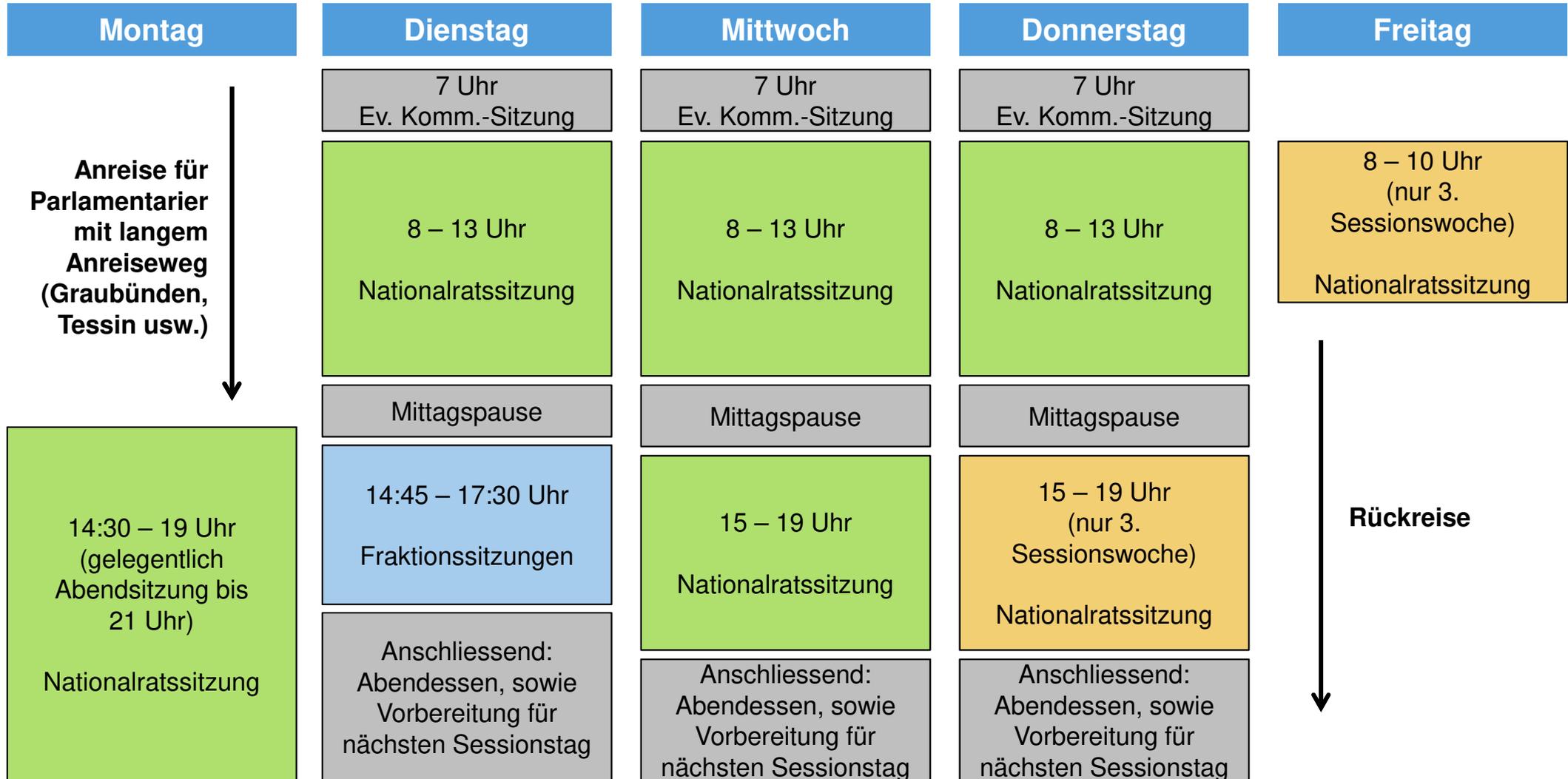
In diesem Sessionsrückblick informiere ich über die Frühlingsession, sowie über die Kommissionssitzungen bis dahin

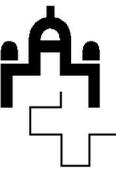


 **Zusätzlich zu den Sessionsen und Kommissions-/Delegationssitzungen finden Sitzungen von parlamentarischen Gruppen, Informationsveranstaltungen und andere Anlässe statt**

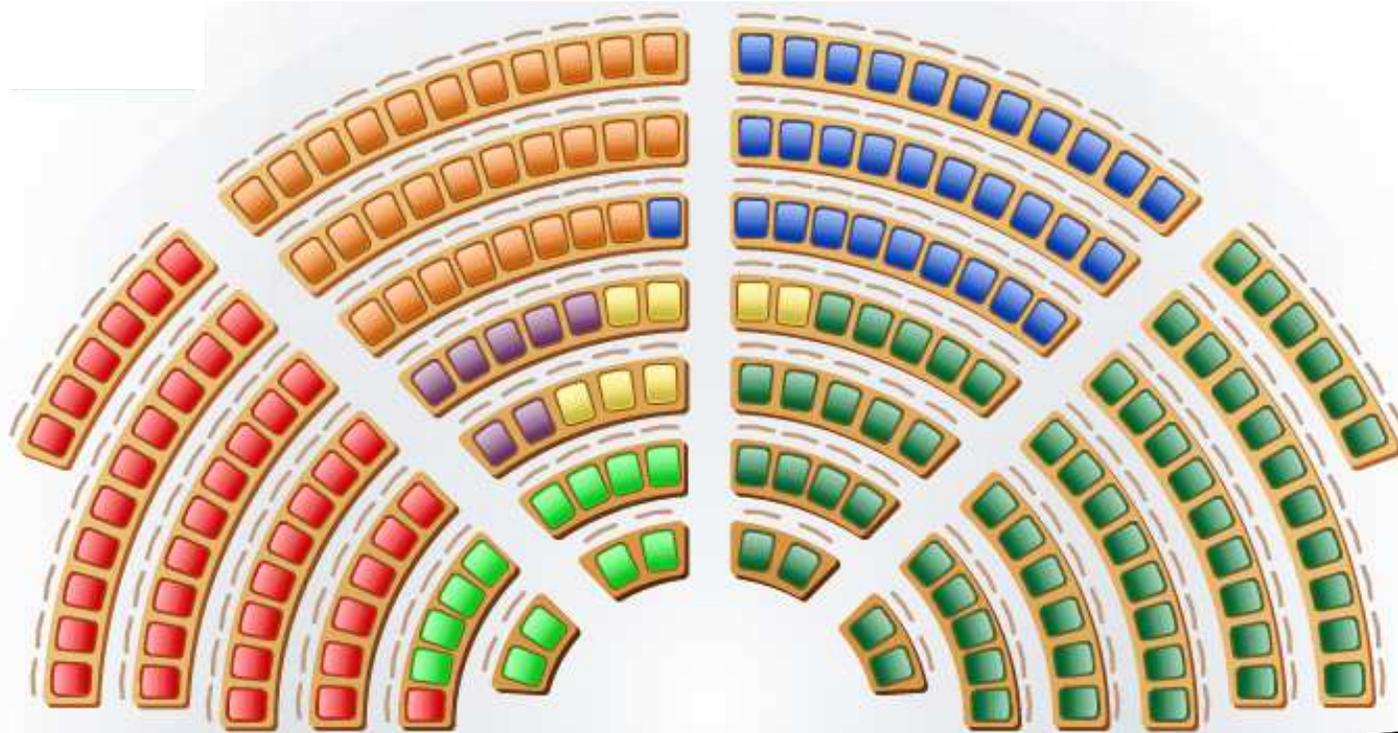


Eine typische Sessionswoche besteht nicht nur aus Ratsdebatten, sondern auch aus Fraktions- und Informationstreffen





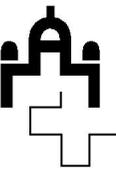
Der Nationalrat wird durch einen Vertreter der SVP präsidiert, die Vizepräsidenten vertreten die CVP und die SP



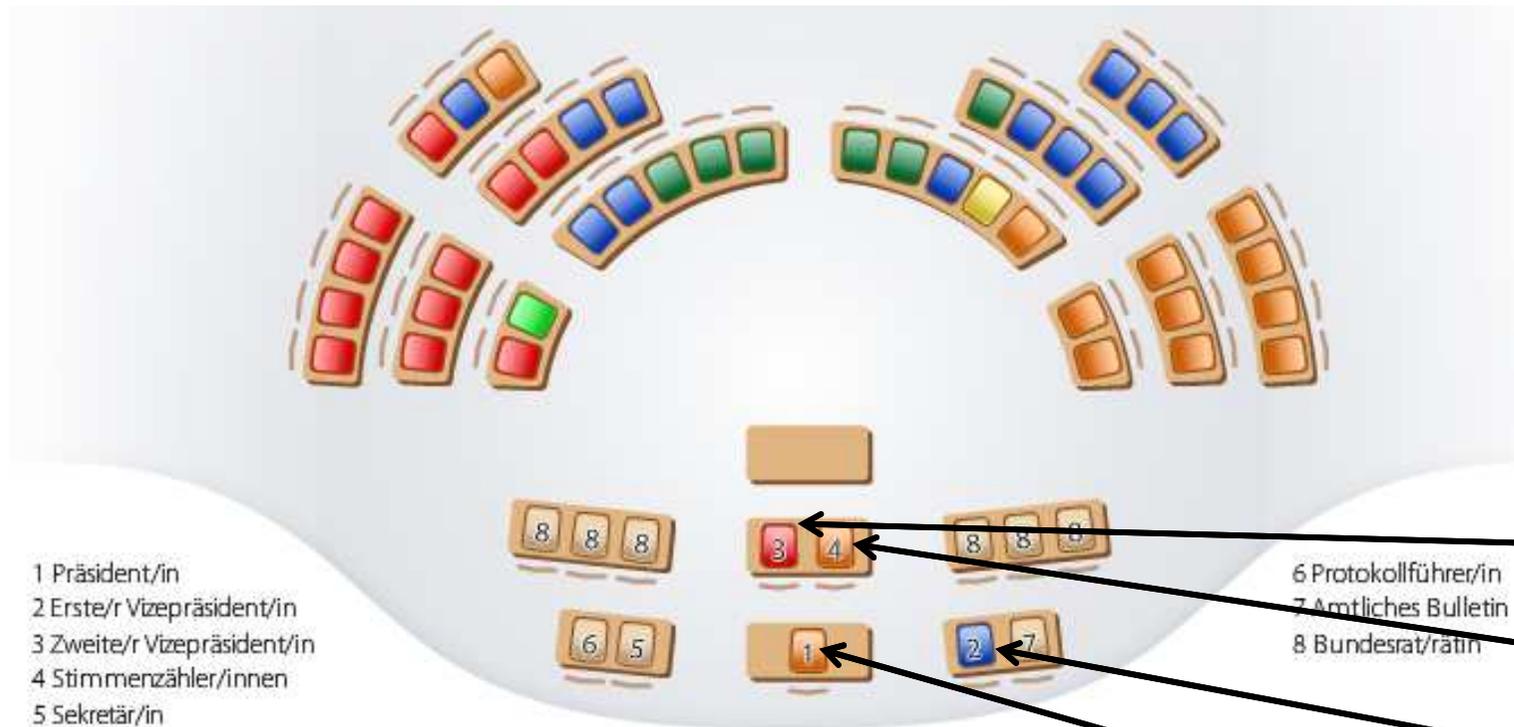
Stärke der Fraktionen im Nationalrat	
SVP:	68
SP:	43
FDP:	33
CVP/EVP:	30
Grüne:	12
GLP:	7
BDP:	7



- 8 Stimmzähler
- Präsident (SVP)
- 1. Vizepräsident (CVP)
- 2. Vizepräsidentin (SP)



Der Ständerat wird durch einen Vertreter der CVP präsidiert, die Vizepräsidenten vertreten die FDP und die CVP



Stärke der Fraktionen im Ständerat	
FDP:	13
CVP/EVP:	13
SP:	12
SVP:	6
Grüne:	1
BDP:	1
GLP:	0

- 1 Präsident/in
- 2 Erste/r Vizepräsident/in
- 3 Zweite/r Vizepräsident/in
- 4 Stimmzähler/innen
- 5 Sekretär/in

- 6 Protokollführer/in
- 7 Amtliches Bulletin
- 8 Bundesrat/rätin

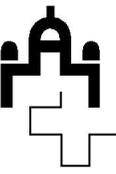
- Stimmzählerin (SP)
- 2. Vizepräsident (CVP)
- 1. Vizepräsidentin (FDP)
- Präsident (CVP)

1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr

2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session

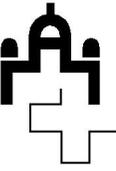
3. Besuch im Bundeshaus

4. Aktualitäten

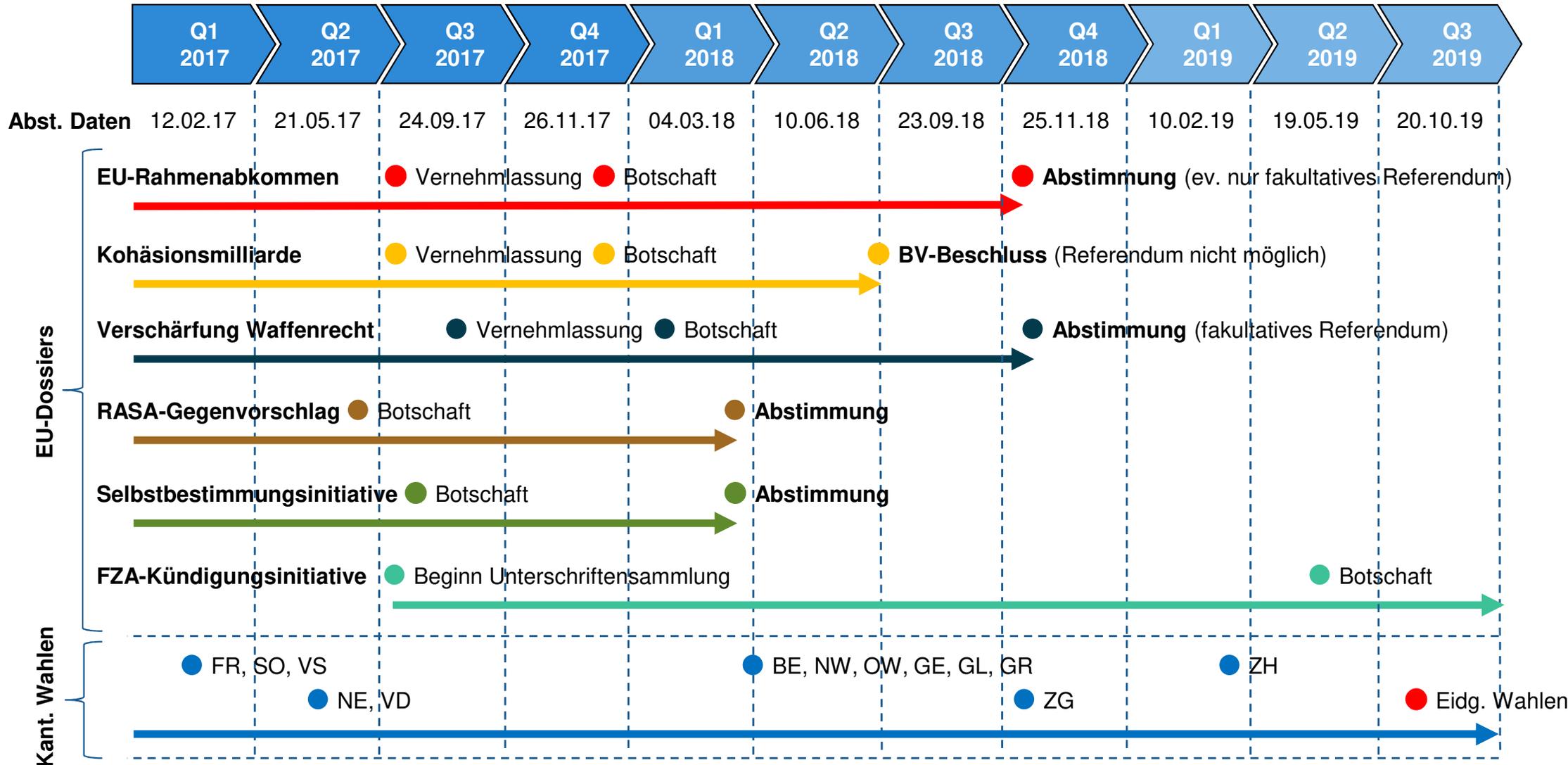


Die untenstehenden Geschäfte sind die bedeutendsten der Frühlingsession und werden nachfolgend vertieft behandelt

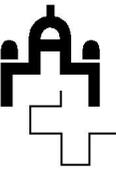
- 1 Institutionelles Rahmenabkommen mit der EU
- 2 Reform der Altersvorsorge 2020
- 3 Geldspielgesetz
- 4 Direkter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für Ernährungssicherheit»
- 5 Klimaübereinkommen von Paris
- 6 Verfassungsartikel zu Energie-Lenkungsabgaben
- 7 „No-Billag“-Volksinitiative
- 8 Verschärfung des Waffenrechts gemäss neuer EU-Richtlinie
- 9 Diverse weitere Geschäfte



Neben dem institutionellen Rahmenabkommen stehen im EU-Dossier in den nächsten Quartalen wichtige Entscheidungen an

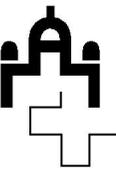


Bemerkung: Zeitplan nicht bestätigt
Quelle: www.admin.ch



Mit dem institutionellen Rahmenabkommen würde internationales Recht über Schweizer Recht gestellt

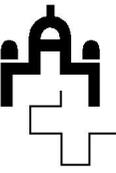
	Institutionelles Rahmenabkommen	Selbstbestimmungsinitiative	Umsetzung MEI
Worum es geht	<p>EU-Recht und EU-Richter statt Schweizer Recht</p>	<p>Die Bundesverfassung steht über dem Völkerrecht und geht ihm vor, unter Vorbehalt der zwingenden Bestimmungen des Völkerrechts.</p>	<p>Verfassung: Eigenständige Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung = Gegenteil der Personenfreizügigkeit</p>
Was die Folgen sind	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zwingende Übernahme EU-Recht = Entmachtung Bürger ▪ Unterstellung unter fremde Gerichte = Gegen CH Souveränität ▪ EU kann Sanktionen ergreifen ▪ EU-Überwachungsinstanz ▪ Jährliche Kohäsionszahlungen ▪ Die EU ordnet an = EU-Beitritt in Raten = Ende des bilateralen Weges 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Gemäss Art. 5 BV ist Völkerrecht zu beachten ▪ Bundesgericht urteilt, dass vom Volk angenommene Initiativen bei Konflikt mit «Völkerrecht» nicht anwendbar sind ▪ Bundesgericht stellt internationales Recht über Schweizer Recht (Änderung der Rechtsprechung) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Eigenständige Steuerung ▪ Kontingente und Höchstzahlen ▪ Inländervorrang ▪ Verhinderung Einwanderung in die Sozialwerke ▪ Bewährte Lösung, welche die Schweiz bereits zwischen 1970 und 2007 praktiziert hat
Was zu tun ist	<p>Das institutionelle Rahmenabkommen muss zwingend abgelehnt werden</p>	<p>Die Selbstbestimmungsinitiative muss unbedingt angenommen werden</p>	<p>Nach der MEI-Nichtumsetzung wird eine Initiative zur Kündigung des FZA lanciert</p>



Die EU will die Schweiz zum inst. Rahmenabkommen zwingen, indem Verhandlungen in anderen Bereichen blockiert werden

Gemäss Bundesrat (Antwort auf den Vorstoss 17.5106) sind zur Zeit Verhandlungen in den folgenden Dossiers mit der EU blockiert:

- 1) Couplage des systèmes d'échange de **quotas d'émission**;
- 2) Participation au service public réglementé et à l'agence du système global de navigation par satellite européen (**Galileo**);
- 3) Collaboration avec l'Agence européenne des **produits chimiques**;
- 4) Accord sur la coopération dans le domaine de la **santé publique**;
- 5) Participation au programme «**Europe créative**»;
- 6) Participation au programme **Erasmus plus**;
- 7) Actualisation du Protocole I et de l'Annexe III de l'**Accord sur les assurances**;
- 8) Révision de l'Annexe I de l'Accord sur la suppression des **obstacles techniques au commerce**;
- 9) Actualisation de l'Annexe III de l'Accord sur la libre circulation des personnes sur la **reconnaissance mutuelle des qualifications professionnelles**;
- 10) Participation à l'**Agence ferroviaire européenne**;
- 11) Accord sur le transport aérien: **cabotage**;
- 12) Accord sur la **sécurité alimentaire**;
- 13) Accord sur l'**électricité**;
- 14) Dialogue financier, reconnaissances d'équivalence dans le domaine des **services financiers**.



Statt die AHV zu sanieren, wird die finanzielle Lage der AHV durch die Rentenerhöhung um 70 Franken noch schlimmer als heute

Worum es geht

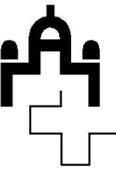
- Für die AHV wird heute mehr ausgegeben als eingenommen. Im Jahr 2015 standen 41,7 Milliarden Franken Ausgaben, Einnahmen in der Höhe von 41,2 Milliarden gegenüber.
- Bis 2030 fehlen wegen den geburtenstarken Jahrgängen (Babyboomer) und der längeren Lebensdauer der Menschen 7 Milliarden Franken pro Jahr. Das reisst riesige Löcher in die Finanzierung und auch der AHV-Sicherheitsfonds wird bis 2030 erschöpft sein.
- Heute leben in der Schweiz rund 1,5 Millionen über 65-Jährige. In 30 Jahren sind es rund 3 Millionen Menschen die eine Rente beziehen werden.

Position der SVP

- Die SVP setzt sich für eine ausgewogene Reform der Altersvorsorge (14.088) ein. Es geht bei der Reform um die längst fällige Anpassung des Rentenalters der Frauen an dasjenige der Männer sowie um die längerfristige Sicherung unserer Altersvorsorge. Die SVP bietet Hand, allerdings nicht um jeden Preis.

Ergebnis in den Räten

- Mit der exakt notwendigen Anzahl von 101 Ja-Stimmen hat sich im Nationalrat die Mitte-Links-Koalition durchgesetzt, welche wie der Ständerat die AHV-Renten für Neurentner um 70 Franken erhöhen will. Das Ziel der längerfristigen Sicherung unserer Altersvorsorge rückt damit in weite Ferne. Stattdessen wird die AHV – trotz einer MwSt.-Erhöhung um 0,6% – schon bald wieder Defizite schreiben.
- Im Weiteren wird mit der Vorlage der Umwandlungssatz in der Pensionskasse von heute 6,8% auf 6% gesenkt, sowie das Rentenalter der Frauen auf 65 Jahren an dasjenige der Männer angepasst.
- Die Reform kommt am 24. September 2017 an die Urne.



Zentrale Elemente der Reform sind die tieferen Pensionskassenrenten und die MwSt.-Steuererhöhung

Senkung des
BVG-
Mindestumwandlungssatzes

- **Heutige Regelung:** Der Mindestumwandlungssatz für den obligatorischen Teil der beruflichen Vorsorge beträgt 6,8 Prozent.
- **Altersvorsorge 2020:** Reduktion des Mindestumwandlungssatzes auf 6,0 Prozent, in vier Schritten von je 0,2 Prozentpunkten pro Jahr. Die erste Anpassung erfolgt ein Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes.

Mehrwertsteuer-
erhöhung

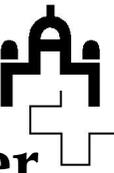
- **Heutige Regelung:** 1999 wurde die MwSt. um ein Prozent zugunsten der AHV erhöht (Demografieprozent). 17% des Ertrages des Demografieprozents gehen an den Bund.
- **Altersvorsorge 2020:** 0,6 Prozentpunkte MwSt. für die AHV in zwei Etappen: 0,3 Punkte im Jahr 2018; 0,3 Punkte zusätzlich im Jahr 2021. Zuweisung des gesamten Ertrages aus dem Demografieprozent an die AHV. Ab 2021 fließen somit 1,6 Mehrwertsteuerprocente direkt in die AHV.

Erhöhung des
Referenzalters
der Frauen auf 65
Jahre

- **Heutige Regelung:** Rentenalter von 64 Jahre für Frauen und 65 Jahre für Männer.
- **Altersvorsorge 2020:** Erhöhung des Referenzalters der Frauen von 64 auf 65 Jahre in der AHV und in der beruflichen Vorsorge. Die Erhöhung beginnt mit Inkrafttreten der Reform und erfolgt schrittweise um jeweils drei Monate pro Jahr. Die Übergangsphase dauert drei Jahre. Somit gilt ab 2021 für Frauen und Männer ein einheitliches Referenzalter von 65 Jahren.

AHV-Zuschlag
von 70 Franken
pro Monat

- **Altersvorsorge 2020:** Zuschlag von 70 Franken pro Monat auf alle neu entstehenden Altersrenten der AHV.



Generell werden die Lohnabzüge erhöht und ältere Arbeitnehmer bei den Lohnabzügen weiterhin diskriminiert

Erhöhung Lohnbeiträge für AHV

- **Heutige Regelung:** Heute bezahlen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Lohnbeiträge von 12,45% bzw. 11,25%, d.h.
 - 8,4% für die AHV
 - 1,4% für die IV
 - 0,45% für die EO inkl. Mutterschaftsversicherung
 - 2,2% resp. 1% (ab Jahreseinkommen über CHF 148'200) für die ALV
- **Altersvorsorge 2020:** Erhöhung der AHV-Beiträge um generell 0,3 Prozentpunkte ab 2021.

Anpassung der Altersgutschriftensätze

	Ab 25J.	Ab 35J.	Ab 45J.	Ab 55J.
▪ Heutige Regelung:	7%	10%	15%	18%
▪ Altersvorsorge 2020:	7%	11%	16%	18%

Senkung und Flexibilisierung des Koordinationsabzugs

- **Heutige Regelung:** Der Koordinationsabzug bestimmt, welcher Lohn bei der zweiten Säule versichert ist, indem er vom Jahreseinkommen abgezogen wird. Daraus entsteht der „versicherte“, bzw. „koordinierte“ Lohn. Der Koordinationsabzug beträgt zurzeit CHF 24'675.
- **Altersvorsorge 2020:** Senkung und Flexibilisierung des Koordinationsabzugs: 40 Prozent des Jahreslohnes, jedoch mindestens die minimale AHV-Rente (2017: 14'100 Franken) und höchstens $\frac{3}{4}$ der maximalen AHV-Rente (2017: 21'150 Franken).



Zudem wird der Rentenbezug flexibilisiert und die Ehepaarrenten werden minim erhöht

Flexibler Rentenbezug in der AHV

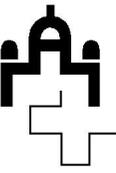
- **Heutige Regelung:** 1) Männer und Frauen können ihre Rente um maximal zwei Jahre vorbeziehen. Der Rentenvorbezug führt zu einer versicherungstechnischen Rentenkürzung von 6,8 Prozent pro vorbezogenem Jahr. 2) Die Rente kann um maximal fünf Jahre aufgeschoben werden. Durch den Rentenaufschub besteht Anspruch auf einen Zuschlag, dessen Höhe von der Dauer des Aufschubs abhängt (5,2% bis 31,5%).
- **Altersvorsorge 2020:** Möglichkeit des Rentenbezuges zwischen 62 und 70 Jahren. Kürzungssätze und Aufschubzuschläge werden an die Lebenserwartung angepasst, d.h. gesenkt.

Anpassung Ehepaarrente

- **Heutige Regelung:** Ehepaare erhalten heute lediglich eine Rente von 150 Prozent der Maximalrente. Begründet wird dies mit den tieferen Lebenshaltungskosten von Ehepaaren.
- **Altersvorsorge 2020:** Minimale Erhöhung des Plafonds für Ehepaare von 150 Prozent auf 155 Prozent der Maximalrente.

Erwerbstätigkeit ab dem Referenzalter

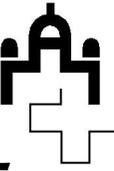
- **Heutige Regelung:** Bei Ausübung einer Erwerbstätigkeit im Rentenalter gilt in der AHV ein Freibetrag von 1'400 Franken im Monat bzw. 16'800 Franken im Jahr.
- **Altersvorsorge 2020:** Aufhebung des Freibetrags für erwerbstätige Rentnerinnen und Rentner; Personen, die weiterarbeiten und Beiträge entrichten, können bis zum 70. Altersjahr eine einmalige Neuberechnung der Rente verlangen.



Die gewerkschaftlich geprägte «Altersvorsorge 2020» führt zu einer massiven Mehrbelastung der Bürgerinnen und Bürger

12 Gründe für die Ablehnung der gewerkschaftlich geprägten «Altersvorsorge 2020»:

- 1) **Rein einnahmenseitige Revision:** Ausgabenseitige Leistungskorrekturen wie z.B. bei den Hinterlassenen- und den Kinderrenten, sowie dem Export von AHV/IV-Renten ins Ausland wurden nicht vorgenommen.
- 2) **2-Klassen AHV:** Der AHV-Grundsatz der „Volksversicherung“ wird verletzt. Die Kluft wird mit jeder künftigen Rentenanpassung (teuerungsbedingt) noch grösser.
- 3) **Bisherige Rentner verlieren doppelt:** Keine CHF 70 Zusatzrente + Kaufkraftverlust aufgrund MwSt.-Erhöhung
- 4) **Auf Kosten unserer Kinder und Grosskinder:** Die Kosten der Reform bezahlen die heute unter 45-Jährigen, sowie künftige Generationen.
- 5) **Zusatzbelastung für kleine und mittlere Einkommen:** 412 bis 1'680 Franken Mehrkosten pro Jahr aufgrund höherer Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge.
- 6) **Mehrbelastung für Wirtschaft und Arbeitnehmer:** 234 bis 140 Franken Mehrkosten pro Mitarbeiter pro Monat aufgrund der Senkung des Koordinationsabzugs
- 7) **Erhöhung der Lohnnebenkosten für die Wirtschaft:** Mehrkosten durch Neustaffelung der Altersgutschriften für 35-55-jährige Arbeitnehmer (zusätzlich zur Erhöhung der AHV-Beiträge)
- 8) **2'140 Millionen Franken MwSt.-Erhöhung zu Lasten der Wirtschaft und der Konsumenten:** Stopp der kontinuierlichen Erhöhung der Steuern und Abgaben.
- 9) **Begehrlichkeiten auf weitere Mehrwertsteuererhöhungen in der Altersvorsorge:** Eine nachhaltige Sanierung der AHV wurde nicht sichergestellt und der Druck für Steuererhöhungen wird schnell stark ansteigen.
- 10) **Bevölkerung lehnte eben eine generelle AHV-Erhöpfung deutlich ab:** Die AHVplus-Initiative wurde in einer Volksabstimmung mit 59.4% Nein-Stimmen klar verworfen
- 11) **Stabilisierungsregel unwirksam:** Auslösung eines politischen Reformauftrags erst wenn die künftige Rentenfinanzierung der AHV nicht mehr gewährleistet ist und der AHV-Fonds vor dem Absturz steht.
- 12) **Zwangsjacke für echte Reform:** Der AHV-Leistungsausbau, die AHV-Beitragserhöhung und die MwSt.-Erhöhung sind realpolitisch unumkehrbar. Der Handlungsspielraum für weitere zwingende Reformschritte würde stark eingeschränkt. Die Schere zwischen Ausgaben und Einnahmen öffnet sich weiter, anstatt dass sie geschlossen würde.



Gleichzeitig zeigen die Milliardendefizite, dass bei einer Annahme der Vorlage an der Urne bald neue Steuererhöhungen drohen

Beträge in Millionen Franken / Zu Preisen von 2016

Stand: Abrechnung 2015

Jahr	Ausgaben Total Ausgaben	Einnahmen				Umlage- ergebnis	Kapital- ertrag Ertrag der Anlagen	Betriebs- ergebnis Betriebs- ergebnis	Stand des AHV-Fonds		Indikatoren						
		Beiträge	MWST	Bundes- beitrag	Andere Einnahmen				Total Einnahmen	Kapital ohne Schuld	Ausgaben in % der AHV- Lohn- summe	Umlage- ergebnis in MWST- Punkten	Umlage- ergebnis in Lohn- Prozenten	Kapital in % der Ausgaben	Kapital o. IV- Schuld in % der Ausgaben	Ersatz- quoten- Index (1980=100)	
		1)	2)	3)													
2015	41 735	30 415	2 306	8 159	277	41 156	- 578	20	- 558	44 229	32 000			-0.2	106	77	90.9
2016	42 535	31 080	2 357	8 316	274	42 027	- 508	403	- 104	44 125	32 739	11.4			104	77	90.5
2017	43 303	31 575	2 390	8 466	270	42 701	- 602	714	111	44 104	33 806						
2018	43 766	32 203	3 639	8 556	267	44 665	900	757	1 657	45 585	35 434						
2019	44 420	32 634	3 890	8 684	262	45 469	1 049	871	1 920	47 233	37 197						
2020	44 885	33 030	3 953	8 735	257	46 014	1 129	1 074	2 203	48 968	39 194						
2021	46 382	34 000	4 000	8 800	250	47 050	2 562	1 141	3 703	52 186	42 748						
2022	47 120	35 000	4 100	8 900	240	48 240	2 862	1 242	4 105	55 774	46 912						
2023	49 265	36 000	4 200	9 000	230	49 430	1 806	1 334	3 140	58 361	50 052						
2024	50 062	36 000	4 300	9 100	220	50 620	1 832	1 415	3 247	61 031	53 573						
2025	52 707	37 000	4 400	9 200	210	52 810	1 856	1 476	1 832	62 259	55 584						
2026	53 603	37 000	4 500	9 300	200	54 000	293	1 519	1 812	63 454	57 854						
2027	56 052	38 000	4 600	9 400	190	56 190	-1 018	1 543	526	63 352	58 804						
2028	57 094	38 985	5 533	11 162	235	59 717	-1 177	1 549	371	63 095	59 898						
2029	59 931	39 578	5 616	11 716	235	63 145	-2 785	1 527	-1 258	61 213	59 335	12.6	-0.8	-0.6	102	99	86.4
2030	60 943	40 189	5 701	11 914	233	58 037	-2 907	1 485	-1 422	59 185	58 920	12.6	-0.8	-0.6	97	97	84.7
2031	63 908	40 823	5 790	12 494	230	59 338	-4 570	1 414	-3 156	55 444	55 444	13.0	-1.3	-0.9	87	87	85.9
2032	64 729	41 476	5 882	12 655	228	60 241	-4 489	1 304	-3 185	51 710	51 710	13.0	-1.2	-0.9	80	80	84.4
2033	67 323	42 142	5 976	13 162	226	61 507	-5 816	1 164	-4 652	46 546	46 546	13.3	-1.6	-1.2	69	69	85.2
2034	67 947	42 791	6 069	13 284	224	62 367	-5 580	1 011	-4 569	41 516	41 516	13.2	-1.5	-1.1	61	61	83.6
2035	70 589	43 438	6 159	13 800	221	63 618	-6 971	831	-6 140	34 965	34 965	13.5	-1.8	-1.3	50	50	84.6
2036	71 040	44 079	6 251	13 888	219	64 437	-6 602	640	-5 962	28 657	28 657	13.4	-1.7	-1.2	40	40	83.0
2037	73 569	44 706	6 341	14 383	217	65 647	-7 922	424	-7 498	20 875	20 875	13.7	-2.0	-1.5	28	28	83.9
2038	73 815	45 300	6 426	14 431	215	66 371	-7 444	198	-7 246	13 422	13 422	13.5	-1.9	-1.4	18	18	82.4
2039	76 454	45 884	6 510	14 947	213	67 554	-8 899	- 54	-8 954	4 335	4 335	13.8	-2.2	-1.6	6	6	83.5
2040	76 647	46 462	6 591	14 985	211	68 249	-8 398	- 318	-8 716	-4 424	-4 424	13.7	-2.0	-1.5	-6	-6	81.9
2041	79 019	47 039	6 674	15 448	209	69 369	-9 650	- 605	-10 255	-14 635	-14 635	13.9	-2.3	-1.7	-19	-19	82.7
2042	79 220	47 601	6 753	15 488	207	70 049	-9 171	- 903	-10 075	-24 565	-24 565	13.8	-2.2	-1.6	-31	-31	81.2
2043	81 877	48 163	6 834	16 007	204	71 209	-10 668	-1 230	-11 898	-36 219	-36 219	14.1	-2.5	-1.8	-44	-44	82.1
2044	82 136	48 733	6 915	16 058	202	71 909	-10 227	-1 571	-11 798	-47 659	-47 659	14.0	-2.4	-1.7	-58	-58	80.6
2045	85 175	49 308	6 996	16 652	200	73 156	-12 019	-1 948	-13 966	-61 153	-61 153	14.3	-2.8	-2.0	-72	-72	81.7

In weniger als 10 Jahren fallen **jährlich Defizite von einer bis zehn (!) Milliarden** an

Definition: Das **Umlageergebnis** der AHV zeigt, ob die laufenden Ausgaben durch die laufenden Einnahmen gedeckt werden können. Es ist weitgehend unabhängig von der Zinsentwicklung, da in den Einnahmen weder die Kapitalwert-änderungen noch die laufenden Kapitalerträge enthalten sind.

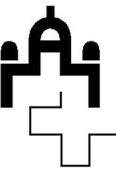
Erläuterungen
 1) 1,0 Prozentpunkt (proportional); nur Anteil der AHV (83 % des Ertrags)
 2) Der Bundesbeitrag beträgt 19,55 % der Ausgaben der AHV
 3) Spielbankenabgabe, Ertrag aus Regress und weitere Erträge

Annahmen über die wirtschaftliche Entwicklung, in %

Jahr	2016	2017	2018	2019	2020	ab 2021
Lohnindex	0.5	0.5	0.6	0.8	1.2	1.9
Strukturwandel	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3
Preis	-0.4	0.3	0.4	0.6	1.0	1.0

Rentenanpassungen: alle zwei Jahre

BSV / Version 2 (16.06.2016) / 17.03.2017
 Szenario A-00-2015 Bundesamt für Statistik BFS



Der Bundesrat hat die in der eigenen Botschaft ans Parlament gesteckten Ziele klar verfehlt

Teilweise erreicht

Erhalt des Leistungsniveaus in der Altersvorsorge

Nicht erreicht!

Sicherung des finanziellen Gleichgewichts von AHV und BVG

Nicht erreicht!

Anpassung an gesellschaftliche Entwicklungen

Nicht erreicht!

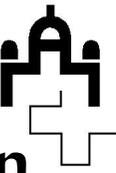
BVG: Anpassung Überschussverteilung, Transparenz & Aufsicht

- CHF 70 Zusatzrente ausschliesslich für Neurentner.
- Kaufkraftverlust durch MWSt.-Erhöhung für die gesamte Bevölkerung (inkl. bisheriger Rentner).
- Überkompensation für heute 45-65-jährige Personen mit nur dem BVG-Obligatorium (ca. 5-7% der Bevölkerung) durch AHV-Zuschlag. Alle anderen BVG-Versicherten gewärtigen massive Renteneinbussen.

	2030	2035	2045
AHV-Defizit/Jahr (in CHF):	-1.4 Mia.	-6.1 Mia.	-14 Mia.
Stand AHV-Fonds (in CHF):	59 Mia.	35 Mia.	-61 Mia.
In % einer Jahresausgabe	97%	50%	-72%

➔ Die Vorlage enthält keine Stabilisierungsregel.

- Hinterlassenen- und Kinderrenten unverändert.
- Export AHV- und IV-Renten unverändert.
- Mehrfachbeschäftigte nicht berücksichtigt.
- Aufteilung Überschussbeteiligung nicht realisiert.
- Risikoprämie nach kollektiven Grundsätzen nicht realisiert.
- Paritätische Verwaltung der Vorsorgeeinrichtung nicht realisiert.
- Erhöhung Mindestquote nicht realisiert.



Aufgrund der massiven Mehrausgaben musste im Nationalrat ein qualifiziertes Mehr von mindestens 101 Stimmen erreicht werden

Antrag der Einigungskonferenz

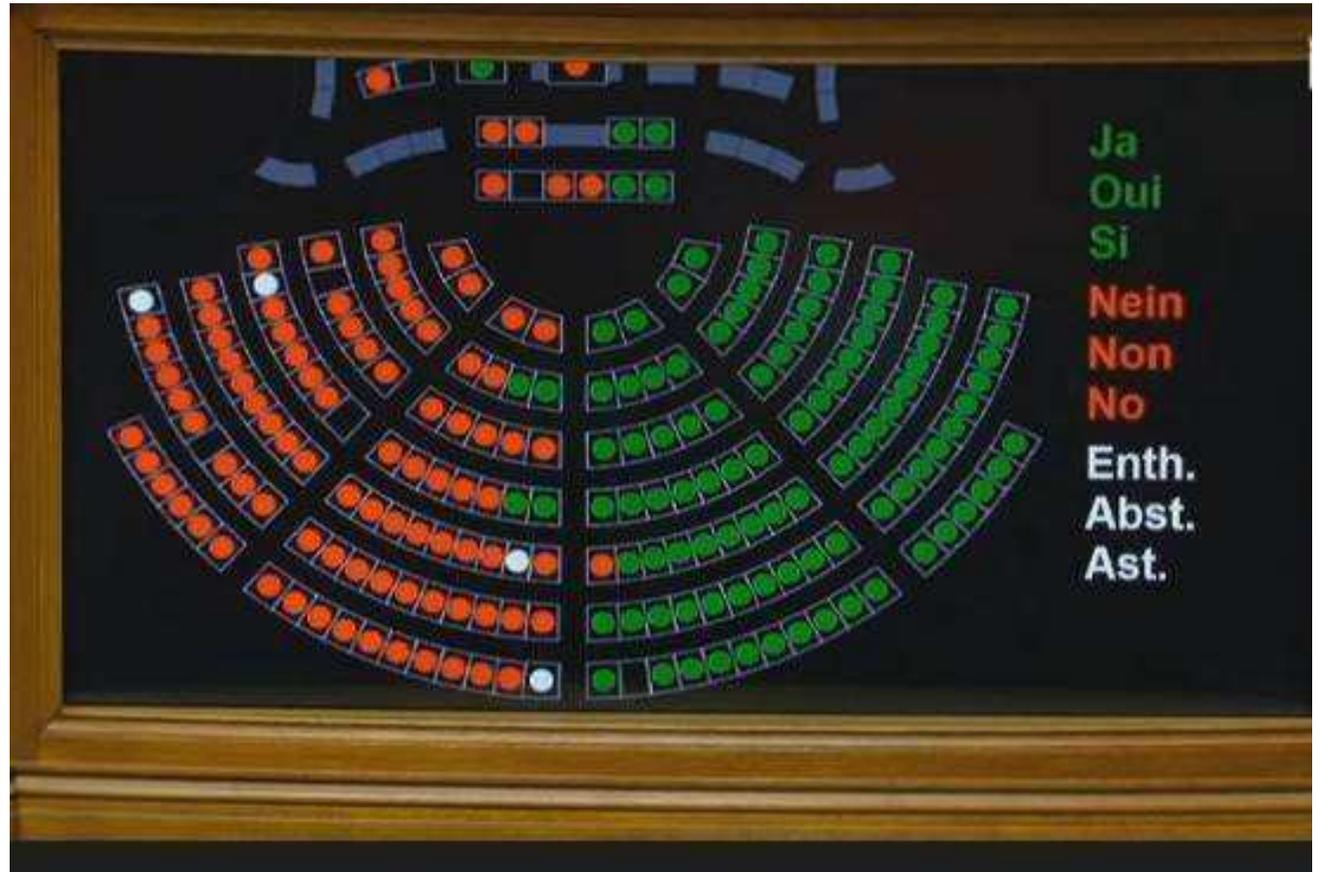
vom 14. März 2017

Mehrheit **Minderheit** (*Kuprecht/ de Courten, Brand, Brunner, Cassis, Clottu, Dittli, Eberle, Eder, Frehner, Keller-Sutter, Moret*)

Ablehnung des Antrags (=die Vorlage abschreiben)

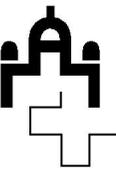
Der Antrag der Einigungskonferenz unterliegt nur im Nationalrat der Abstimmung über die Ausgabenbremse

(siehe 5. AHVG Art. 34^{bis} und Art. 35 Abs. 1)



Ergebnis in den Räten:

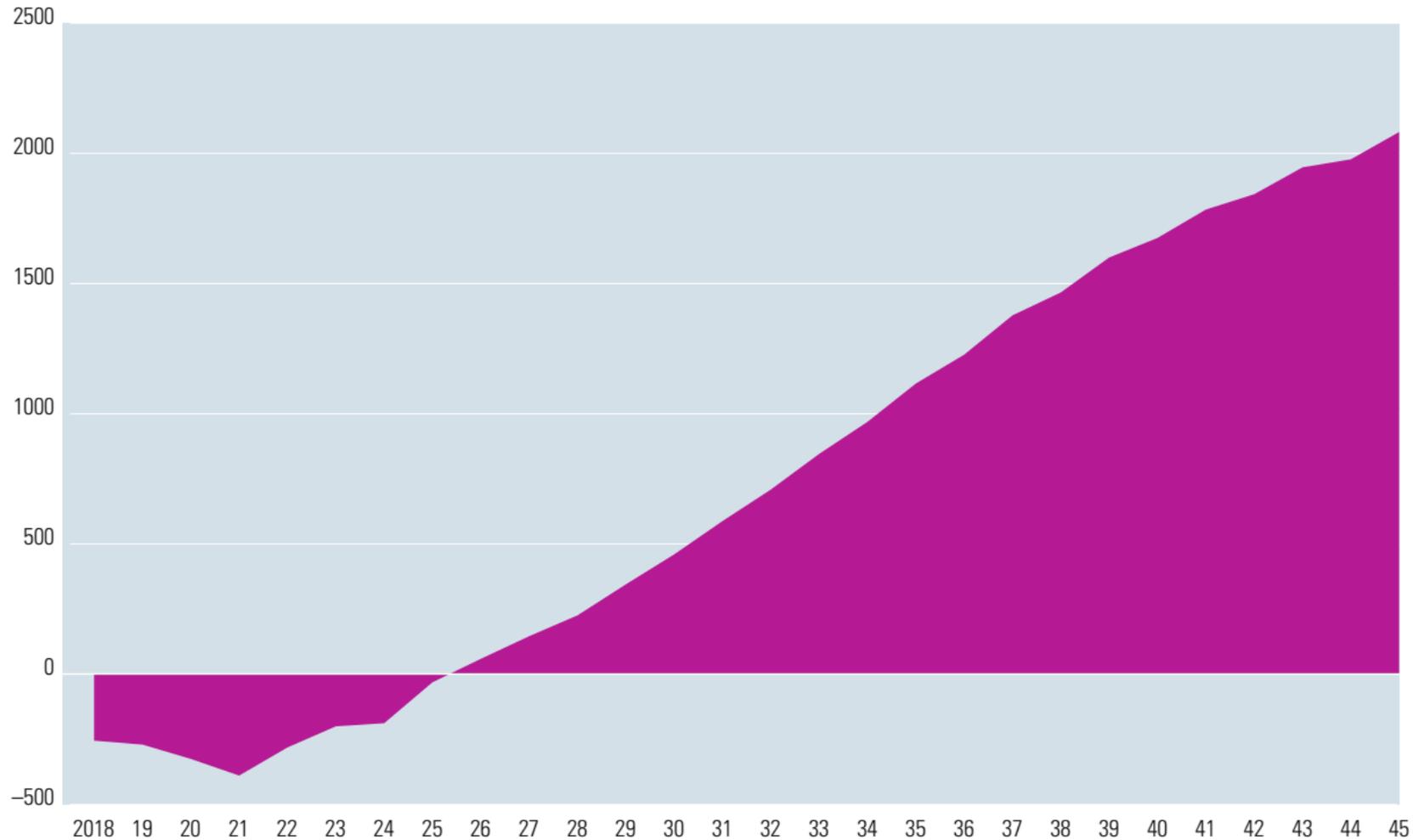
- **Nationalrat: 101 Ja-Stimmen** zu 91 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen
- **Ständerat: 27 Ja-Stimmen** zu 17 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen



Die NZZ kritisiert die starke AHV-Ausgabensteigerung im Vergleich zum Nichtstun

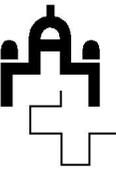
Der geplante Ausbau der AHV

Geplante Veränderung der Ausgaben (Saldo aller Massnahmen), in Millionen Franken



Quelle: Neue Zürcher Zeitung

TA / 23. März 2017



Die Berner Zeitung kritisiert, dass die AHV trotz >2 Milliarden Franken mehr Steuereinnahmen bald wieder Defizite schreibt

Trotz Milliardenpritze schreibt die AHV bald wieder neue Defizite

Die Rentenreform wirkt sich für Junge und Alte, Reiche und Arme, Frauen und Männer unterschiedlich aus. Ein erster Überblick.



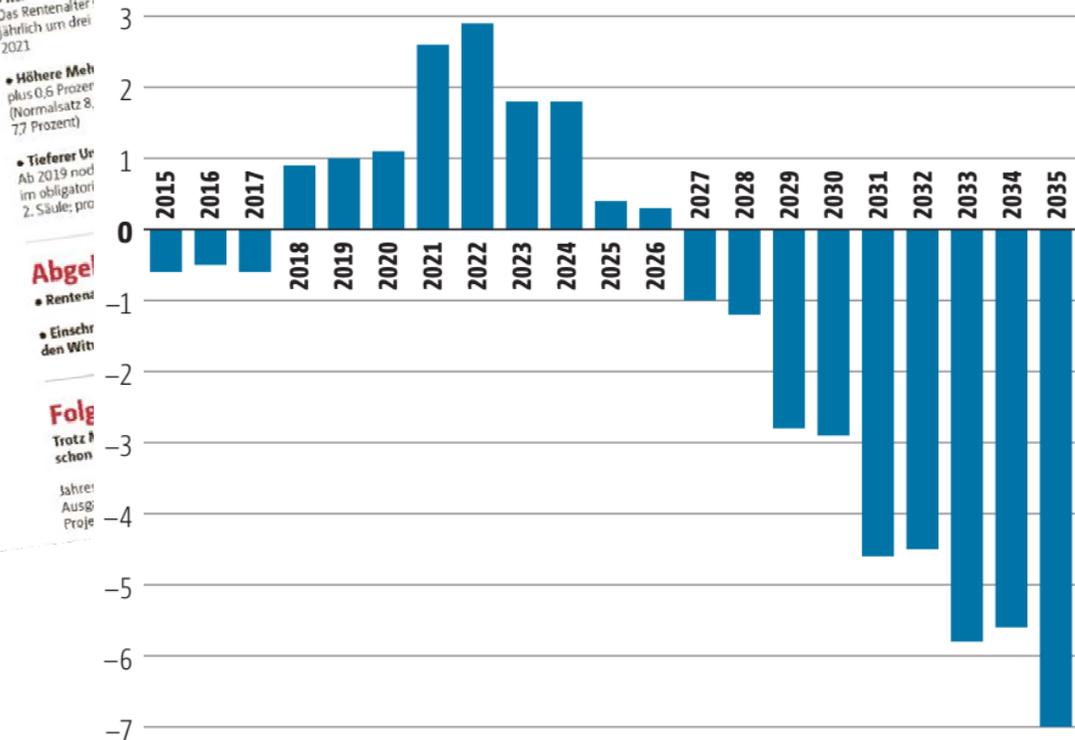
Folgen für die AHV

Trotz Milliardenreform öffnen sich ab 2027 schon wieder neue Finanzierungslücken

Beschluss

- **AHV-Zuschlag für Alleinstehende** erhöht monatlich 70 Franken Ehepaare bis zu 2
- **Rentenalter 65** Das Rentenalter jährlich um drei 2021
- **Höhere Mehrwertsteuer** plus 0,6 Prozent (Normalsatz 8, 7,7 Prozent)
- **Tieferer Umlagebeitrag** Ab 2019 noch im obligatorischen 2. Säule; pro

Jahresabschlüsse der AHV (Umlageergebnis: Einnahmen minus Ausgaben, ohne Kapitalerträge) gemäss den aktuellen amtlichen Projektionen, in Milliarden Franken



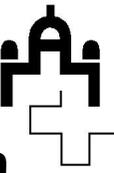
Abgelöst

- Rentenerhöhung
- Einschränkung Witwenrenten

Folgen

Trotz schon

Jahr: Ausg. Proje



Beim Geldspielgesetz stiessen insbesondere die Internet-Sperren für ausländische Online-Geldspielangebote auf Kritik

Worum es geht

- Das Geldspielgesetz (15.069) bezweckt, die Bevölkerung angemessen vor den Gefahren des Geldspiels zu schützen. Daneben soll es dafür sorgen, dass die Geldspiele sicher und transparent durchgeführt werden. Schliesslich sollen Erträge aus den Geldspielen zugunsten der AHV/IV sowie zugunsten von gemeinnützigen Zwecken verwendet werden.
- Die wichtigsten Neuerungen sind: Das heutige Verbot, Spielbankenspiele online durchzuführen, wird aufgehoben. Zudem werden unter gewissen Voraussetzungen Pokerturniere auch ausserhalb der Spielbanken erlaubt. Schliesslich wird zur Vermeidung von Kompetenzkonflikten zwischen dem Bund und den Kantonen ein Koordinationsorgan geschaffen.

Position der SVP

- Die SVP begrüsst die Vorlage mehrheitlich, warnte aber in einzelnen Bereichen vor Überregulierung. Den Protektionismus des geplanten Geldspielgesetzes sowie Internet-Sperren für ausländische Online-Geldspielangebote sah sie kritisch.

Ergebnis in den Räten

- Das Parlament entschied, dass Lottogewinne künftig nicht mehr besteuert werden müssen, so wie es heute bei Casino-Gewinnen der Fall ist.
- Alleine Casinos mit Sitz in der Schweiz dürfen Online-Spiele anbieten.
- Die Webseiten nicht zugelassener Spiele-Anbieter sollen gesperrt werden, obwohl Kritiker darauf hinwiesen, dass die geplante Sperre mit einem Aufwand von wenigen Minuten mit leicht zugänglicher Software zu umgehen sei.

Alle Parteien ausser Teile der SVP befürworteten die illiberalen Internet-Sperren

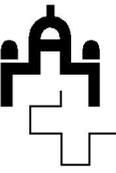
Addor	+	V	VS
Aebi Andreas	+	V	BE
Aebischer Matthias	+	S	BE
Aeschi Thomas	-	V	ZG
Allemann	+	S	BE
Amarelle	+	S	VD
Amaudruz	+	V	GE
Amherd	+	C	VS
Ammann	+	C	SG
Amstutz	+	V	BE
Arnold	+	V	UR
Arslan	=	G	BS
Badran Jacqueline	+	S	ZH
Barazzone	+	C	GE
Barrile	+	S	ZH
Bauer	+	RL	NE
Bäumle	-	GL	ZH
Béglé	+	C	VD
Bertschy	-	GL	BE
Bigler	-	RL	ZH
Birrer-Heimo	+	S	LU
Borloz	0	RL	VD
Bourgeois	+	RL	FR
Brand	+	V	GR
Brélaz	+	G	VD
Brunner	-	V	SG
Büchel Roland	+	V	SG
Büchler Jakob	+	C	SG
Buffat	+	V	VD
Bühler	+	V	BE
Bulliard	+	C	FR
Burgherr	E	V	AG
Burkart	+	RL	AG
Buttet	+	C	VS
Campell	+	BD	GR
Candinas	+	C	GR
Carobbio Guscetti	+	S	TI
Cassis	+	RL	TI
Chevalley	+	GL	VD
Chiesa	+	V	TI
Clottu	+	V	NE
de Buman	+	C	FR
de Courten	-	V	BL
de la Reussille	+	G	NE
Derder	-	RL	VD
Dettling	-	V	SZ
Dobler	-	RL	SG
Egloff	-	V	ZH
Eichenberger	+	RL	AG
Estermann	-	V	LU

Eymann	+	RL	BS
Fässler Daniel	+	C	AI
Fehlimann Rielle	+	S	GE
Feller	0	RL	VD
Feri Yvonne	+	S	AG
Fiala	+	RL	ZH
Flach	-	GL	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG
Fiuri	0	RL	SO
Frehner	-	V	BS
Fricker	+	G	AG
Fridez	+	S	JU
Friedl	+	S	SG
Galladé	+	S	ZH
Gasche	+	BD	BE
Geissbühler	-	V	BE
Genecand	0	RL	GE
Giezendanner	+	V	AG
Girod	+	G	ZH
Glanzmann	+	C	LU
Glamer	-	V	AG
Glättli	-	G	ZH
Glauser	+	V	VD
Gmür Alois	-	C	SZ
Gmür-Schönenberger	+	C	LU
Golay	+	V	GE
Gössi	+	RL	SZ
Graf Maya	+	G	BL
Graf-Litscher	+	S	TG
Grin	+	V	VD
Grossen Jürg	-	GL	BE
Grunder	+	BD	BE
Grüter	-	V	LU
Gschwind	+	C	JU
Guhl	+	BD	AG
Guldemann	+	S	ZH
Gysi	+	S	SG
Hadorn	+	S	SO
Hardegger	+	S	ZH
Häsler	+	G	BE
Hausammann	+	V	TG
Heer	0	V	ZH
Heim	+	S	SO
Herzog	+	V	TG
Hess Erich	-	V	BE
Hess Hermann	0	RL	TG
Hess Lorenz	+	BD	BE
Hiltpold	+	RL	GE
Humbel	+	C	AG
Hurter Thomas	+	V	SH

Imark	+	V	SO
Ingold	+	C	ZH
Jans	+	S	BS
Jauslin	+	RL	AG
Keller Peter	=	V	NW
Keller-Inhelder	-	V	SG
Kiener Nellen	+	S	BE
Knecht	+	V	AG
Köppel	+	V	ZH
Landolt	+	BD	GL
Leutenegger Oberholzer	+	S	BL
Lohr	+	C	TG
Lüscher	+	RL	GE
Maire Jacques-André	+	S	NE
Marchand	+	C	VS
Markwalder	+	RL	BE
Marra	+	S	VD
Marti	=	S	ZH
Martullo	-	V	GR
Masshardt	E	S	BE
Matter	-	V	ZH
Mazzone	=	G	GE
Merlini	+	RL	TI
Meyer Mattea	E	S	ZH
Moret	0	RL	VD
Moser	-	GL	ZH
Müller Leo	+	C	LU
Müller Thomas	+	V	SG
Müller Walter	+	RL	SG
Müller-Altarmatt	0	C	SO
Munz	+	S	SH
Müri	+	V	LU
Naef	+	S	ZH
Nantermod	-	RL	VS
Nicolet	+	V	VD
Nidegger	=	V	GE
Nordmann	+	S	VD
Nussbaumer	+	S	BL
Page	+	V	FR
Pantani	+	V	TI
Pardini	+	S	BE
Pezzatti	+	RL	ZG
Pfister Gerhard	0	C	ZG
Pieren	+	V	BE
Piller Carrard	+	S	FR
Portmann	-	RL	ZH
Quadranti	+	BD	ZH
Quadri	+	V	TI
Regazzi	+	C	TI
Reimann Lukas	-	V	SG

Reimann Maximilian	-	V	AG
Reynard	+	S	VS
Rickli Natalie	-	V	ZH
Riklin Kathy	-	C	ZH
Rime	+	V	FR
Ritter	0	C	SG
Romano	+	C	TI
Rösti	+	V	BE
Ruiz Rebecca	+	S	VD
Ruppen	+	V	VS
Rutz Gregor	-	V	ZH
Rytz Regula	=	G	BE
Salzmänn	+	V	BE
Sauter	-	RL	ZH
Schelbert	+	G	LU
Schenker Silvia	+	S	BS
Schilliger	+	RL	LU
Schmid-Federer	+	C	ZH
Schmidt Roberto	+	C	VS
Schneeberger	+	RL	BL
Schneider Schüttel	+	S	FR
Schneider-Schneiter	+	C	BL
Schwaab	+	S	VD
Schwander	-	V	SZ
Seiler Graf	+	S	ZH
Semadeni	+	S	GR
Sollberger	-	V	BL
Sommaruga Carlo	+	S	GE
Stahl	P	V	ZH
Stamm	-	V	AG
Steinemann	-	V	ZH
Streiff	+	C	BE
Thorens Goumaz	+	G	VD
Tornare	+	S	GE
Tschäppät	+	S	BE
Tuena	-	V	ZH
Vitali	+	RL	LU
Vogler	+	C	OW
Vogt	-	V	ZH
von Siebenthal	+	V	BE
Walliser	-	V	ZH
Walter	+	V	TG
Walti Beat	-	RL	ZH
Wasserfallen	-	RL	BE
Wehri	+	RL	VD
Weibel	-	GL	ZH
Wermuth	+	S	AG
Wobmann	+	V	SO
Zanetti Claudio	-	V	ZH
Zuberbühler	-	V	AR

Fraktion / Groupe / Gruppo	G	S	V	GL	C	RL	BD	Tot.
+ Ja / oui / si	8	40	35	1	25	19	7	135
- Nein / non / no	1		28	6	2	8		45
= Enth. / abst. / ast.	2	1	2					6
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4		2	1					3
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto			1		3	6		10
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes			1					1



Ziel ist die Sicherung der Produktion von Lebensmitteln in der Schweiz zur Versorgung der einheimischen Bevölkerung

Worum es geht

Der Gegenentwurf zur Volksinitiative «Für Ernährungssicherheit» lautet wie folgt:

Bundesverfassung Art. 104a Ernährungssicherheit

Zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln schafft der Bund

Voraussetzungen für:

- a. *die Sicherung der Grundlagen für die landwirtschaftliche Produktion, insbesondere des Kulturlandes;*
- b. *eine standortangepasste und ressourceneffiziente Lebensmittelproduktion;*
- c. *eine auf den Markt ausgerichtete Land- und Ernährungswirtschaft;*
- d. *grenzüberschreitende Handelsbeziehungen, die zur nachhaltigen Land- und Ernährungswirtschaft beitragen;*
- e. *einen ressourcenschonenden Umgang mit Lebensmitteln.*

Position der SVP

- Die SVP unterstützt den Gegenentwurf zur Volksinitiative «Für Ernährungssicherheit», da damit die landwirtschaftliche Produktion gestärkt wird.

Ergebnis in den Räten

- Beide Räte haben das umfassende Konzept zur Stärkung der Ernährungssicherheit deutlich gutgeheissen.
- Der Nationalrat stimmte mit 175 zu 5 Stimmen bei 10 Enthaltungen und die kleine Kammer mit 36 zu 4 Stimmen bei 4 Enthaltungen für den direkten Gegenentwurf. Kurz darauf zogen die Initianten ihre Initiative zugunsten des Gegenvorschlags zurück.
- Der Gegenvorschlag zur Volksinitiative "Für Ernährungssicherheit" (15.050) des Bauernverbandes kommt nun voraussichtlich am 24. September 2017 vors Volk.

4 Volksinitiative «Für Ernährungssicherheit»

Einige FDP und SP Mitglieder lehnten den direkten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für Ernährungssicherheit» ab

Abstimmung vom / Vote du: 14.03.2017 08:35:52

Addor	+	V	VS
Aebi Andreas	+	V	BE
Aebischer Matthias	+	S	BE
Aeschi Thomas	+	V	ZG
Allemand	+	S	BE
Amarelle	+	S	VD
Amaudruz	0	V	GE
Amherd	+	C	VS
Ammann	+	C	SG
Amstutz	+	V	BE
Arnold	+	V	UR
Arslan	+	G	BS
Badran Jacqueline	+	S	ZH
Barazzone	+	C	GE
Barrile	+	S	ZH
Bauer	+	RL	NE
Bäumle	=	GL	ZH
Béglé	+	C	VD
Bertschy	=	GL	BE
Bigler	-	RL	ZH
Birrer-Heimo	+	S	LU
Borloz	+	RL	VD
Bourgeois	+	RL	FR
Brand	+	V	GR
Brélaz	+	G	VD
Brunner	+	V	SG
Büchel Roland	+	V	SG
Büchler Jakob	+	C	SG
Buffat	+	V	VD
Bühler	+	V	BE
Bulliard	+	C	FR
Burgherr	E	V	AG
Burkart	+	RL	AG
Buttet	+	C	VS
Luginbühl	+	C	VS
Campell	+	BD	GR
Candinas	+	C	GR
Carobbio Guscetti	+	S	TI
Cassis	+	RL	TI
Chevalley	E	GL	VD
Chiesa	+	V	TI
Rieder	+	V	NE
Savary	+	G	FR
de Buman	+	C	FR
de Courten	+	V	BL
de la Reussille	+	G	NE
Derder	+	RL	VD
Dettling	+	V	SZ
Dobler	+	RL	SG
Egloff	+	V	ZH
Eichenberger	+	RL	AG
Estermann	+	V	LU

Eymann	+	RL	BS
Fässler Daniel	+	C	AI
Fehlimann Rielle	+	S	GE
Feller	+	RL	VD
Feri Yvonne	+	S	AG
Fiala	+	RL	ZH
Flach	=	GL	AG
Flückiger Sylvia	+	V	AG
Fluri	+	RL	SO
Frehner	+	V	BS
Fricker	+	G	AG
Fridez	+	S	JU
Friedl	+	S	SG
Galladé	+	S	ZH
Gasche	+	BD	BE
Geissbühler	+	V	BE
Genecand	-	RL	GE
Giezendanner	+	V	AG
Girod	+	G	ZH
Glanzmann	+	C	LU
Glamer	+	V	AG
Glättli	+	G	ZH
Glauser	+	V	VD
Gmür Alois	+	C	SZ
Gmür-Schönenberger	+	C	LU
Golay	+	V	GE
Gössi	+	RL	SZ
Graf Maya	+	G	BL
Graf-Litscher	+	S	TG
Grin	+	V	VD
Grossen Jürg	+	GL	BE
Grunder	0	BD	BE
Grüter	+	V	LU
Gschwind	+	C	JU
Guhl	+	BD	AG
Guldemann	+	S	ZH
Gysi	+	S	SG
Hadorn	+	S	SO
Hardegger	+	S	ZH
Häsler	+	G	BE
Hausammann	+	V	TG
Heer	+	V	ZH
Heim	+	S	SO
Herzog	+	V	TG
Hess Erich	+	V	BE
Hess Hermann	+	RL	TG
Hess Lorenz	+	BD	BE
Hiltbold	+	RL	GE
Humbel	+	C	AG
Hurter Thomas	0	V	SH

Imark	+	V	SO
Ingold	+	C	ZH
Jans	+	S	BS
Jauslin	+	RL	AG
Keller Peter	+	V	NW
Keller-Inhelder	+	V	SG
Kiener Nellen	=	S	BE
Knecht	+	V	AG
Köppel	+	V	ZH
Landolt	+	BD	GL
Leutenegger Oberholzer	=	S	BL
Lohr	+	C	TG
Lüscher	+	RL	GE
Maire Jacques-André	+	S	NE
Marchand	+	C	VS
Markwalder	+	RL	BE
Marra	+	S	VD
Marti	+	S	ZH
Martullo	+	V	GR
Masshardt	E	S	BE
Matter	0	V	ZH
Mazzone	+	G	GE
Merlini	+	RL	TI
Meyer Mattea	+	S	ZH
Moret	0	RL	VD
Moser	+	GL	ZH
Müller Leo	+	C	LU
Müller Thomas	+	V	SG
Müller Walter	+	RL	SG
Müller-Altermatt	+	C	SO
Munz	+	S	SH
Müri	+	V	LU
Naef	+	S	ZH
Nantermod	+	RL	VS
Nicolet	+	V	VD
Nidegger	+	V	GE
Nordmann	+	S	VD
Nussbaumer	=	S	BL
Page	+	V	FR
Pantani	+	V	TI
Pardini	+	S	BE
Pezzatti	+	RL	ZG
Pfister Gerhard	+	C	ZG
Pieren	+	V	BE
Piller Carrard	+	S	FR
Portmann	+	RL	ZH
Quadranti	=	BD	ZH
Quadri	+	V	TI
Regazzi	+	C	TI
Reimann Lukas	+	V	SG

Reimann Maximilian	+	V	AG
Reynard	+	S	VS
Rickli Natalie	+	V	ZH
Riklin Kathy	+	C	ZH
Rime	+	V	FR
Ritter	+	C	SG
Romano	+	C	TI
Rösti	+	V	BE
Ruiz Rebecca	+	S	VD
Ruppen	+	V	VS
Rutz Gregor	0	V	ZH
Rytz Regula	+	G	BE
Salzmann	+	V	BE
Sauter	-	RL	ZH
Schelbert	+	G	LU
Schenker Silvia	+	S	BS
Schilliger	-	RL	LU
Schmid-Federer	+	C	ZH
Schmidt Roberto	+	C	VS
Schneeberger	+	RL	BL
Schneider Schüttel	+	S	FR
Schneider-Schneiter	+	C	BL
Schwaab	=	S	VD
Schwander	+	V	SZ
Seiler Graf	+	S	ZH
Semadeni	+	S	GR
Sollberger	+	V	BL
Sommaruga Carlo	+	S	GE
Stahl	P	V	ZH
Stamm	+	V	AG
Steinemann	+	V	ZH
Streff	+	C	BE
Thorens Goumaz	+	G	VD
Tomare	+	S	GE
Tschäppät	+	S	BE
Tuena	+	V	ZH
Vitali	+	RL	LU
Vogler	+	C	OW
Vogt	=	V	ZH
von Siebenthal	+	V	BE
Walliser	+	V	ZH
Walter	+	V	TG
Walti Beat	+	RL	ZH
Wasserfallen	-	RL	BE
Wehri	+	RL	VD
Weibel	=	GL	ZH
Wermuth	+	S	AG
Wobmann	+	V	SO
Zanetti Claudio	+	V	ZH
Zuberbühler	+	V	AR

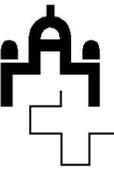
Abstimmung vom / Vote du: 14.03.2017 08:23:07

Abate	Fabio	+	TI
Baummann	Isidor	+	UR
Berberat	Didier	+	NE
Bischof	Pirmin	+	SO
Bischofberger	Ivo	P	AI
Bruderer Wyss	Pascale	+	AG
Caroni	Andrea	=	AR
Comte	Raphaël	+	NE
Cramer	Robert	+	GE
Dittli	Josef	+	UR
Eberle	Roland	+	TG
Eder	Joachim	+	ZG
Engler	Stefan	+	GR
Ettlin	Enric	+	OW
Fetz	Anita	-	BS
Föhn	Peter	-	SZ
Fournier	Jean-René	+	VS
Français	Olivier	0	VD
Germann	Hannes	+	SH
Grabler	Konrad	+	LU
Häberli-Koller	Brigitte	+	TG
Héche	Claude	+	JU
Hefli	Thomas	+	GL

Hegglin	Peter	+	ZG
Hösi	Werner	+	GL
Janiak	Claude	=	BL
Jositsch	Daniel	+	ZH
Keller-Sutter	Karin	+	SG
Kuprecht	Alex	=	SZ
Levrat	Christian	+	FR
Lombardi	Filippo	+	TI
Luginbühl	Werner	+	BE
Mauro Pasquier	Emane	+	GE
Minder	Thomas	-	SH
Müller	Damian	+	LU
Müller	Philipp	+	AG
Noser	Ruedi	-	ZH
Reichsteiner	Paul	+	SG
Rieder	Beat	+	VS
Savary	Géraldine	+	VD
Schmid	Martin	+	GR
Seydoux-Christe	Anne	+	JU
Stöckli	Hans	+	BE
Vonlanthen	Beat	+	FR
Wicki	Hans	+	NW
Zanetti	Roberto	-	SO

Legende	Tot.
+ Ja / oui / si	36
- Nein / non / no	4
= Enth. / abst. / ast.	4
E Entschuldigt gem. Art. 44a Abs. 6 GRS / excusé sel. art. 44a al. 6 RCE / scusato se. art. 44a cpv. 6 RCS	0
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	1
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part au vote / La/il presidente non participa al voto	1

Fraktion / Groupe / Gruppo	G	S	V	GL	C	RL	BD	Tot.
+ Ja / oui / si	12	38	61	2	30	27	5	175
- Nein / non / no						5		5
= Enth. / abst. / ast.		4	1	4			1	10
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4		1	1	1				3
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto			4			1	1	6
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes			1					1



Milliardenkosten für die Bevölkerung: Die Schweiz verpflichtet sich den CO₂-Ausstoss gegenüber 1990 um 50% zu senken

Worum es geht

- Das im Dezember 2015 in Paris verabschiedete Übereinkommen von Paris ist ein **globales, rechtlich verbindliches, dynamisches Klimaabkommen**, welches alle Länder verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen sukzessive zu reduzieren und Massnahmen zu ergreifen, um sich an die Auswirkungen des Klimawandels anzupassen sowie die Finanzflüsse auf eine treibhausgasarme und gegenüber Klimaänderungen widerstandsfähige Entwicklung auszurichten.
- Anders als die UNO-Klimakonvention und das Kyoto-Protokoll verpflichtet das Übereinkommen von Paris erstmals alle Vertragsparteien, konkrete Emissionsreduktionsziele zu formulieren und inländische Massnahmen für dessen Erreichung zu ergreifen.
- Mit der Zustimmung des Parlaments und der Ratifikation des Übereinkommens von Paris wird für die Schweiz das beim UNO-Klimasekretariat eingereichte vorläufige Emissionsreduktionsziel (Intended Nationally Determined Contribution, INDC), bis 2030 die Treibhausgasmissionen um 50% gegenüber 1990 zu senken und dabei teilweise ausländische Emissionsreduktionen anzurechnen, ohne anderweitige Eingabe definitiv.
- Für die Umsetzung ist eine **Totalrevision des CO₂-Gesetzes** vorgesehen, insbesondere um die Ziele und Massnahmen nach 2020 zu verankern.

Position der SVP

- Die SVP lehnt das Klimaübereinkommen von Paris ab. Einerseits wird damit die Schweizer Bevölkerung und Wirtschaft belastet; andererseits ist die Schweiz schon führend im Klimaschutz.

Ergebnis in den Räten

- Der Nationalrat hat gegen den Willen der SVP das Klimaübereinkommen von Paris (16.083) genehmigt. Umstritten war das Übereinkommen an sich, sowie das Ziel, wie stark die Schweiz den CO₂-Ausstoss reduzieren soll. Stimmt auch der Ständerat der Vorlage zu, wird das Reduktionsziel von 50 Prozent und damit einer Halbierung der Treibhausgasemissionen – mit entsprechenden Kosten in Milliardenhöhe für Bevölkerung und Wirtschaft – definitiv.

Einzig die SVP und 5 Vertreter der FDP lehnten das Klimaübereinkommen von Paris ab

Abstimmung vom / Vote du: 02.03.2017 12:13:14

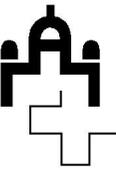
Addor	-	V	VS
Aebi Andreas	=	V	BE
Aebischer Matthias	+	S	BE
Aeschi Thomas	-	V	ZG
Allemann	+	S	BE
Amarelle	+	S	VD
Amaudruz	-	V	GE
Amherd	+	C	VS
Ammann	+	C	SG
Amstutz	-	V	BE
Arnold	-	V	UR
Arslan	+	G	BS
Badran Jacqueline	+	S	ZH
Barazzone	+	C	GE
Barrile	+	S	ZH
Bauer	+	RL	NE
Bäumle	+	GL	ZH
Béglé	+	C	VD
Bertschy	+	GL	BE
Bigler	-	RL	ZH
Birrer-Heimo	+	S	LU
Borloz	+	RL	VD
Bourgeois	+	RL	FR
Brand	-	V	GR
Brélaz	+	G	VD
Brunner	-	V	SG
Büchel Roland	-	V	SG
Büchler Jakob	+	C	SG
Buffat	-	V	VD
Bühler	-	V	BE
Bulliard	+	C	FR
Burgherr	E	V	AG
Burkart	-	RL	AG
Buttet	+	C	VS
Campell	+	BD	GR
Candinas	+	C	GR
Carobbio Guscetti	+	S	TI
Cassis	+	RL	TI
Chevalley	+	GL	VD
Chiesa	-	V	TI
Clottu	-	V	NE
de Buman	+	C	FR
de Courten	-	V	BL
de la Reussille	+	G	NE
Derder	+	RL	VD
Dettling	-	V	SZ
Dobler	+	RL	SG
Egloff	-	V	ZH
Eichenberger	+	RL	AG
Estermann	-	V	LU

Eymann	+	RL	BS
Fässler Daniel	+	C	AI
Fehlmann Rielle	+	S	GE
Feller	+	RL	VD
Feri Yvonne	+	S	AG
Fiala	+	RL	ZH
Flach	+	GL	AG
Flückiger Sylvia	0	V	AG
Fluri	+	RL	SO
Frehner	-	V	BS
Fricke	+	G	AG
Fridez	+	S	JU
Friedl	+	S	SG
Galladé	+	S	ZH
Gasche	0	BD	BE
Geissbühler	-	V	BE
Genecand	-	RL	GE
Giezendanner	-	V	AG
Girod	+	G	ZH
Glanzmann	+	C	LU
Glarner	-	V	AG
Glättli	+	G	ZH
Glauser	+	V	VD
Gmür Alois	+	C	SZ
Gmür-Schönenberger	+	C	LU
Golay	-	V	GE
Gössi	+	RL	SZ
Graf Maya	+	G	BL
Graf-Litscher	+	S	TG
Grin	=	V	VD
Grossen Jürg	+	GL	BE
Grunder	+	BD	BE
Grüter	-	V	LU
Gschwind	+	C	JU
Guhl	+	BD	AG
Guldmann	+	S	ZH
Gysi	+	S	SG
Hadorn	+	S	SO
Hardegger	+	S	ZH
Häsler	+	G	BE
Hausammann	=	V	TG
Heer	-	V	ZH
Heim	+	S	SO
Herzog	-	V	TG
Hess Erich	-	V	BE
Hess Hermann	0	RL	TG
Hess Lorenz	+	BD	BE
Hiltpold	+	RL	GE
Humbel	+	C	AG
Hurter Thomas	=	V	SH

Imark	-	V	SO
Ingold	+	C	ZH
Jans	+	S	BS
Jauslin	+	RL	AG
Keller Peter	-	V	NW
Keller-Inhelder	-	V	SG
Kiener Nellen	+	S	BE
Knecht	-	V	AG
Köppel	-	V	ZH
Landolt	+	BD	GL
Leutenegger Oberholzer	+	S	BL
Lohr	+	C	TG
Lüscher	+	RL	GE
Maire Jacques-André	+	S	NE
Marchand	+	C	VS
Markwalder	+	RL	BE
Marra	+	S	VD
Marti	+	S	ZH
Martullo	-	V	GR
Masshardt	+	S	BE
Matter	-	V	ZH
Mazzone	+	G	GE
Merlini	+	RL	TI
Meyer Mattea	+	S	ZH
Moret	+	RL	VD
Moser	+	GL	ZH
Müller Leo	+	C	LU
Müller Thomas	-	V	SG
Müller Walter	=	RL	SG
Müller-Altermatt	+	C	SO
Munz	+	S	SH
Müri	-	V	LU
Naef	+	S	ZH
Nantermod	+	RL	VS
Nicolet	0	V	VD
Nidegger	-	V	GE
Nordmann	+	S	VD
Nussbaumer	+	S	BL
Page	-	V	FR
Pantani	-	V	TI
Pardini	+	S	BE
Pezzatti	-	RL	ZG
Pfister Gerhard	+	C	ZG
Pieren	-	V	BE
Piiler Carrard	+	S	FR
Portmann	+	RL	ZH
Quadranti	+	BD	ZH
Quadri	0	V	TI
Regazzi	+	C	TI
Reimann Lukas	-	V	SG

Reimann Maximilian	-	V	AG
Reynard	+	S	VS
Rickli Natalie	-	V	ZH
Riklin Kathy	+	C	ZH
Rime	-	V	FR
Ritter	+	C	SG
Romano	+	C	TI
Rösti	-	V	BE
Ruiz Rebecca	+	S	VD
Ruppen	-	V	VS
Rutz Gregor	-	V	ZH
Rytz Regula	+	G	BE
Salzmann	-	V	BE
Sauter	+	RL	ZH
Schelbert	+	G	LU
Schenker Silvia	+	S	BS
Schilliger	=	RL	LU
Schmid-Federer	+	C	ZH
Schmidt Roberto	+	C	VS
Schneeberger	+	RL	BL
Schneider Schüttel	+	S	FR
Schneider-Schneiter	+	C	BL
Schwaab	+	S	VD
Schwander	-	V	SZ
Seiler Graf	+	S	ZH
Semadeni	+	S	GR
Sollberger	-	V	BL
Sommaruga Carlo	+	S	GE
Stahl	P	V	ZH
Stamm	-	V	AG
Steinemann	-	V	ZH
Streff	+	C	BE
Thorens Goumaz	+	G	VD
Tomare	+	S	GE
Tschäppät	+	S	BE
Tuena	-	V	ZH
Vitali	-	RL	LU
Vogler	+	C	OW
Vogt	-	V	ZH
von Siebenthal	=	V	BE
Walliser	-	V	ZH
Walter	-	V	TG
Walti Beat	+	RL	ZH
Wasserfallen	=	RL	BE
Wehrli	+	RL	VD
Weibel	+	GL	ZH
Wermuth	+	S	AG
Wobmann	-	V	SO
Zanetti Claudio	-	V	ZH
Zuberbühler	-	V	AR

Fraktion / Groupe / Gruppo	G	S	V	GL	C	RL	BD	Tot.
+ Ja / oui / si	12	43	1	7	30	24	6	123
- Nein / non / no			57			5		62
= Enth. / abst. / ast.			5			3		8
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4			1					1
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto			3			1	1	5
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes			1					1



Eine neue Energie-Lenkungsabgabe wurden abgelehnt – stattdessen sollen mehr Fördergelder und Regulierungen folgen

Worum es geht

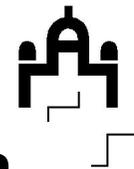
- In der Klima- und Energiepolitik will der Bundesrat ab 2021 vom Förder- zum Lenkungssystem übergehen. Der Übergang zum Lenkungssystem, das durch Abgaben und die damit verbundenen Anreize wirkt, würde es gemäss Bundesrat ermöglichen, die Klima- und Energieziele wirksamer und kostengünstiger zu erreichen als mit Fördermassnahmen und regulatorischen Massnahmen.

Position der SVP

- Die SVP lehnt ein System für Klima- und Energieabgaben, egal in welcher Form oder Ausgestaltung, entschieden ab. Ein solches Instrument führt stets zu einer Verschlechterung der Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Bevölkerung im globalen Wettbewerb und schadet damit direkt und massiv dem Werkplatz Schweiz sowie der Bevölkerung.
- Anstelle neuer Regulierungen, Steuern oder Abgaben ist im Gegenteil ein konsequenter und radikaler Abbau von Vorschriften und die Reduktion bzw. die Abschaffung sämtlicher Lenkungs- oder Energieabgaben ins Auge zu fassen.

Ergebnis in den Räten

- Der Nationalrat ist auf den vom Bundesrat vorgeschlagenen Verfassungsartikel zu Energie-Lenkungsabgaben (15.072) erwartungsgemäss nicht eingetreten. Das sogenannte Klima- und Energielenkungssystem (KELS) hätte eine Abgabe auf alle Energieträger erheben wollen. Nun ist der Ständerat am Zug.
- Tritt dieser ebenfalls nicht auf die Vorlage ein, so ist das KELS und damit die Grundlage auf Verfassungsstufe für das 200 Mrd. Franken teure Energiegesetz nicht mehr vorhanden – die Kosten jedoch bleiben bestehen.



Nach der Abstimmung über das Energiegesetz im Mai sollen die Vorschriften verschärft und die Energiepreise verdoppelt werden



RICKLI NATALIE
Nationalrat
Zürich
Fraktion der Schweizerischen
Volkspartei (V)

Rickli Natalie (V, ZH): Herr Kollege Müller-Altermatt, ich bin ja nicht in dieser Kommission und frage Sie deshalb, wie diese 43 Prozent einsparen möchten.

VIDEO ZUM VOTUM

VOTUM DRUCKEN



MÜLLER-ALTERMATT STEFAN
Nationalrat
Solothurn
CVP-Fraktion (C)

Müller-Altermatt Stefan (C, SO): Durch die Förderung der neuen erneuerbaren Energien, durch Effizienzgewinne, durch bessere Gerätevorschriften. Es ist ein ganzes Paket. Wir werden am 21. Mai darüber abstimmen, und ich bin Ihnen dankbar für jede Unterstützung in diesem Abstimmungskampf.



SCHILLIGER PETER
Nationalrat
Luzern
FDP-Liberale Fraktion (RL)

VIDEO ZUM VOTUM

VOTUM DRUCKEN

Schilliger Peter (RL, LU): Beim CO2-Gesetz spricht sich die FDP klar für Lenkungsabgaben aus. Diese Diskussion über die Lenkungsabgaben im CO2-Bereich, diese rein klimapolitische Diskussion müssen wir hier führen. Dass diese klimapolitische Diskussion auf den Energiebedarf bzw. die Energieverwendung einen Einfluss hat, ist klar. Ich habe klar deklariert: Es braucht kein Energielenkungssystem. Ich habe deklariert, dass es eine klimapolitische Diskussion, eine Lenkungsdiskussion im Rahmen der CO2-Gesetzgebung geben wird.



BÄUMLE MARTIN
Nationalrat
Zürich
Grünliberale Fraktion (GL)

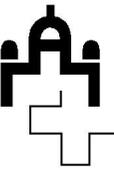
VIDEO ZUM VOTUM

VOTUM DRUCKEN

Bäumle Martin (GL, ZH): Ja, Frau Martullo, ich werde Ihnen heute sicher keine Zahl sagen. Vorstoss machen, mit dem wir das Thema offenhalten wollen, möchten wir ja genau auch r

Das Postulat wird offen formuliert sein. Herr Grossen wird es noch näher vorstellen. Aber eines ist klar: Wenn wir eine echte Lenkungswirkung haben wollen, müssen die Preise deutlich höher sein, und wenn wir nicht bereit sind dazu, gibt es wieder diese Zwischenwege. Noch einmal: Was die Preishöhe betrifft - wir haben sie einmal definiert, und das wurde uns um die Ohren geschlagen -, so bin ich immer noch überzeugt, dass eine Verdoppelung der Energiepreise ein richtiger und wichtiger Schritt wäre in einem Lenkungssystem. Das Geld würde vollständig an Wirtschaft und Bevölkerung zurückerstattet, staatsquotenneutral. D. h., es würde eben Gesellschaft und Wirtschaft nichts kosten, würde aber die erwünschte Wirkung haben, dass wir weniger Energie brauchen. Ich möchte Sie gerne auffordern, mal Herrn Ernst von Weizsäcker zuzuhören, der in diesen Fragen sehr intelligente Präsentationen macht, als Member und Co-Präsident des Club of Rome.

Schilliger Peter (RL, LU): Also Entschuldigung, diese Art von Fragen - ja, okay. Es gibt eine Gesetzgebung im CO2-Bereich, und dort wird es eine Lenkungsabgabe geben. Wir wollen dort reine Lenkungsabgaben und keine Subventionstatbestände. Das haben wir an diesem Punkt schon mehrmals deklariert. Wenn Sie das als zweite Stufe betrachten, dann sehen Sie das so. Für mich ist die zweite Stufe vor allem auch an Energielenkungsabgaben und an Fragen des Treibstoffes gekoppelt, und dort sage ich Nein.



Der Ständerat stellt sich ohne Opposition hinter die Billag-Gebühren – im Nationalrat dürfte dies anders sein

Worum es geht

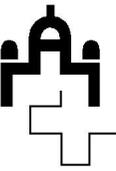
Die No-Billag-Initiative will in der Bundesverfassung Art. 93 Radio und Fernsehen wie folgt anpassen:

- ¹ Die Gesetzgebung über Radio und Fernsehen sowie über andere Formen der öffentlichen fernmeldetechnischen Verbreitung von Darbietungen und Informationen ist Sache des Bundes.
- ² Die Unabhängigkeit von Radio und Fernsehen sowie die Autonomie in der Programmgestaltung sind gewährleistet.
- ³ Der Bund versteigert regelmässig Konzessionen für Radio und Fernsehen.
- ⁴ **Er subventioniert keine Radio- und Fernsehstationen.** Er kann Zahlungen zur Ausstrahlung von dringlichen amtlichen Mitteilungen tätigen.
- ⁵ Der Bund oder durch ihn beauftragte Dritte dürfen **keine Empfangsgebühren** erheben.
- ⁶ Der Bund betreibt in Friedenszeiten **keine eigenen Radio- und Fernsehstationen.**

Position der SVP

- Einzelne Vertreter der SVP-Fraktion unterstützen die No-Billag-Initiative, weil die Meinungsvielfalt und die Versorgung der Schweizer Bevölkerung mit Radio- und Fernsehprogrammen heute auch über private Firmen sichergestellt werden könne.
- Andere SVP-Vertreter befürworten eine starke Reduktion resp. Halbierung der Billag-Gebühren.
- Der Ständerat hat sich oppositionslos gegen die „No-Billag“-Volksinitiative zur Abschaffung der Radio- und TV-Gebühren (16.071) ausgesprochen. Auch für einen Gegenvorschlag mit tieferen Gebühren plädierte in der kleinen Kammer niemand. Aus Sicht des Ständerates sollen damit Radio und Fernsehen weiterhin über Gebühren finanziert werden.
- Das Geschäft geht nun in den Nationalrat.

Ergebnis in den Räten



Die Übernahme dieser EU-Richtlinie würde zur Entwaffnung von hunderttausenden Schweizerinnen und Schweizern führen

Worum es geht

Die Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Kontrolle des Erwerbs und des Besitzes von Waffen verlangt, dass die folgenden Bedingungen erfüllt sein müssen:

1. Die staatlichen Behörden prüfen in regelmässigen Abständen, ob die Personen, die die Feuerwaffen führen, keine Gefahr für die Öffentlichkeit darstellen.
 2. Es liegt eine zufriedenstellende umfassende medizinische und psychologische Beurteilung der Zuverlässigkeit des Sportschützen vor.
 3. Es wird ein Nachweis erbracht, dass der Sportschütze an von einer offiziellen Sportschützenorganisation des betreffenden Mitgliedstaates oder einem offiziell anerkannten internationalen Sportschützenverband anerkannten Schiesswettbewerben teilnimmt.
 4. Es liegt eine Bescheinigung einer offiziell anerkannten Sportschützenorganisation vor, in der bestätigt wird, dass
 - a) der Sportschütze Mitglied eines Schützenvereins ist und seit 12 Monaten regelmässig schießt und
 - b) dass die Feuerwaffe für eine von einem offiziell anerkannten internationalen Sportschützenverband anerkannte Disziplin des Schiesssports erforderlich ist.
- **Aufgrund dem Beitritt der Schweiz zu Schengen/Dublin wird die Schweiz gezwungen, innerhalb von zwei Jahren das EU-Waffenrecht zu übernehmen.**
 - Die SVP lehnt die Verschärfung des Schweizer Waffenrechts und die Übernahme der EU-Waffenrechtsbestimmungen vehement ab.
 - Angenommen wurde vorerst eine Motion (16.3719) von SVP-Nationalrat Salzmann (BE), welche sich gegen die Übernahme des neuen EU-Waffenrechts in der Schweiz wandte.

Position der SVP

Ergebnis in den Räten

8 Verschärfung des Waffenrechts

Trotz der klaren Zustimmung zu dieser Motion seitens der Mitteparteien im Nationalrat muss bezweifelt werden, ob diese auch die bundesrätliche Vorlage ablehnen werden

Abstimmung vom / Vote du: 15.03.2017 18:21:08

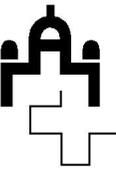
Addor	+	V	VS
Aebi Andreas	+	V	BE
Aebischer Matthias	-	S	BE
Aeschi Thomas	+	V	ZG
Allemann	-	S	BE
Amarelle	0	S	VD
Amaudruz	+	V	GE
Amherd	+	C	VS
Ammann	+	C	SG
Amstutz	+	V	BE
Arnold	+	V	UR
Arslan	-	G	BS
Badran Jacqueline	-	S	ZH
Barazzone	+	C	GE
Barrile	-	S	ZH
Bauer	+	RL	NE
Bäumle	-	GL	ZH
Béglé	+	C	VD
Bertschy	-	GL	BE
Bigler	+	RL	ZH
Birrer-Heimo	-	S	LU
Borloz	+	RL	VD
Bourgeois	+	RL	FR
Brand	+	V	GR
Brélaz	-	G	VD
Brunner	+	V	SG
Büchel Roland	+	V	SG
Büchler Jakob	+	C	SG
Buffat	+	V	VD
Bühler	+	V	BE
Bulliard	+	C	FR
Burgherr	E	V	AG
Burkart	+	RL	AG
Buttet	+	C	VS
Campell	+	BD	GR
Candinas	+	C	GR
Carobbio Guscelli	-	S	TI
Cassis	+	RL	TI
Chevalley	0	GL	VD
Chiesa	+	V	TI
Clottu	+	V	NE
de Buman	+	C	FR
de Courten	+	V	BL
de la Reussille	-	G	NE
Derder	0	RL	VD
Dettling	+	V	SZ
Dobler	+	RL	SG
Egloff	+	V	ZH
Eichenberger	+	RL	AG
Estermann	+	V	LU

Eymann	+	RL	BS
Fässler Daniel	+	C	AI
Fehlmann Rielle	0	S	GE
Feller	+	RL	VD
Feri Yvonne	-	S	AG
Fiala	+	RL	ZH
Flach	-	GL	AG
Flückiger Sylvia	+	V	AG
Fluri	+	RL	SO
Frehner	+	V	BS
Fricke	-	G	AG
Fridez	-	S	JU
Friedl	-	S	SG
Galladé	-	S	ZH
Gasche	0	BD	BE
Geissbühler	+	V	BE
Genecand	+	RL	GE
Giezendanner	+	V	AG
Girod	0	G	ZH
Glanzmann	+	C	LU
Glamer	+	V	AG
Glättli	-	G	ZH
Glauser	+	V	VD
Gmür Alois	+	C	SZ
Gmür-Schönenberger	+	C	LU
Golay	+	V	GE
Gössi	+	RL	SZ
Graf Maya	-	G	BL
Graf-Litscher	-	S	TG
Grin	+	V	VD
Grossen Jürg	-	GL	BE
Grunder	+	BD	BE
Grüter	+	V	LU
Gschwind	+	C	JU
Guhl	+	BD	AG
Guldemann	+	S	ZH
Gysi	-	S	SG
Hadorn	-	S	SO
Hardegger	-	S	ZH
Häsler	-	G	BE
Hausammann	+	V	TG
Heer	E	V	ZH
Heim	-	S	SO
Herzog	+	V	TG
Hess Erich	+	V	BE
Hess Hermann	+	RL	TG
Hess Lorenz	+	BD	BE
Hiltbold	0	RL	GE
Humbel	+	C	AG
Hurter Thomas	0	V	SH

Imark	+	V	SO
Ingold	=	C	ZH
Jans	-	S	BS
Jauslin	+	RL	AG
Keller Peter	+	V	NW
Keller-Inhelder	+	V	SG
Kiener Nellen	-	S	BE
Knecht	+	V	AG
Köppel	+	V	ZH
Landolt	+	BD	GL
Leutenegger Oberholzer	-	S	BL
Lohr	+	C	TG
Lüscher	+	RL	GE
Maire Jacques-André	-	S	NE
Marchand	+	C	VS
Markwalder	-	RL	BE
Marra	-	S	VD
Marti	-	S	ZH
Martullo	+	V	GR
Masshardt	E	S	BE
Matter	+	V	ZH
Mazzzone	-	G	GE
Merlini	+	RL	TI
Meyer Mattea	E	S	ZH
Moret	0	RL	VD
Moser	-	GL	ZH
Müller Leo	0	C	LU
Müller Thomas	+	V	SG
Müller Walter	+	RL	SG
Müller-Altarmatt	+	C	SO
Munz	-	S	SH
Müri	+	V	LU
Naef	-	S	ZH
Nantermod	+	RL	VS
Nicolet	+	V	VD
Nidegger	+	V	GE
Nordmann	-	S	VD
Nussbaumer	-	S	BL
Page	+	V	FR
Pantani	+	V	TI
Pardini	-	S	BE
Pezzatti	0	RL	ZG
Pfister Gerhard	0	C	ZG
Pieren	+	V	BE
Piller Carrard	-	S	FR
Portmann	+	RL	ZH
Quadranti	+	BD	ZH
Quadri	+	V	TI
Regazzi	+	C	TI
Reimann Lukas	0	V	SG

Reimann Maximilian	+	V	AG
Reynard	-	S	VS
Rickli Natalie	+	V	ZH
Riklin Kathy	=	C	ZH
Rime	+	V	FR
Ritter	+	C	SG
Romano	+	C	TI
Rösti	+	V	BE
Ruiz Rebecca	-	S	VD
Ruppen	+	V	VS
Rutz Gregor	+	V	ZH
Rytz Regula	-	G	BE
Salzmann	+	V	BE
Sauter	0	RL	ZH
Schelbert	-	G	LU
Schenker Silvia	-	S	BS
Schilliger	+	RL	LU
Schmid-Federer	-	C	ZH
Schmidt Roberto	+	C	VS
Schneeberger	+	RL	BL
Schneider Schüttel	-	S	FR
Schneider-Schneiter	0	C	BL
Schwaab	-	S	VD
Schwander	+	V	SZ
Seiler Graf	-	S	ZH
Semadeni	-	S	GR
Sollberger	+	V	BL
Sommaruga Carlo	-	S	GE
Stahl	P	V	ZH
Stamm	+	V	AG
Steinemann	+	V	ZH
Streiff	=	C	BE
Thorens Goumaz	-	G	VD
Tornare	-	S	GE
Tschäppät	-	S	BE
Tuena	+	V	ZH
Vitali	+	RL	LU
Vogler	+	C	OW
Vogt	+	V	ZH
von Siebenthal	+	V	BE
Walliser	+	V	ZH
Walter	+	V	TG
Walti Beat	0	RL	ZH
Wasserfallen	+	RL	BE
Wehrli	+	RL	VD
Weibel	-	GL	ZH
Wermuth	-	S	AG
Wobmann	+	V	SO
Zanetti Claudio	+	V	ZH
Zuberbühler	+	V	AR

	Fraktion / Groupe / Gruppo								Tot.
	G	S	V	GL	C	RL	BD		
+ Ja / oui / si			63		23	26	6		118
- Nein / non / no	11	39		6	1	1			58
= Enth. / abst. / ast.					3				3
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4		2	2						4
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	1	2	2	1	3	6	1		16
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes			1						1



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (1/7)

Istanbul-Konvention

- Der Ständerat stimmte der Ratifizierung der Istanbul-Konvention (16.081), welche die Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt verbessern will, zu.

Internationales Abkommen gegen Zwangsarbeit

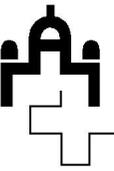
- Dem Protokoll zum internationalen Abkommen gegen Zwangsarbeit (16.058) wurde durch beide Räte zugestimmt. Es ist nun bereit für die Ratifikation. Mit dem Protokoll sollen moderne Formen der Zwangsarbeit wie der Menschenhandel effizienter bekämpft werden können.

Zusatzprotokoll Charta der kommunalen Selbstverwaltung

- Angenommen wurde das Zusatzprotokoll des Europarates zur Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung (16.059), welches Mitgliedstaaten unter anderem dazu verpflichtet, Bürgern in ihrer Gebietskörperschaft das aktive und passive Wahlrecht einzuräumen.

Multilaterale Vereinbarung zur Bekämpfung der Steuerflucht

- Der Ständerat hat als Erstrat einer multilateralen Vereinbarung (16.078) zur Bekämpfung der Steuerflucht und dem Gesetz zu deren Umsetzung zugestimmt. Künftig sollen die Unternehmen jedes Jahr in einem Bericht aufzeigen, in welchem Land sie wie viel Umsatz gemacht und Steuern gezahlt haben. Diese länderbezogenen Berichte sollen mit anderen Staaten automatisch ausgetauscht werden.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (2/7)

**Keine
Verschärfung im
Asylwesen**

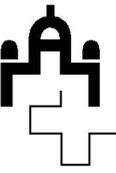
**Nein zu
Verhüllungs-
verbot**

**Entlassungen
aus der
Verwahrung**

**Videoüber-
wachung an der
Landesgrenze**

**Verschärftes
Ausländerrecht**

- Abgelehnt wurde eine parlamentarische Initiative (15.439) der SVP-Fraktion, welche eine Änderung der Bundesverfassung verlangte, damit Personen, die über einen sicheren Staat eingereist sind, vom Asylverfahren ausgeschlossen werden. Gegen Asylentscheide sollte zudem nur noch vor einer Verwaltungsbehörde und nicht mehr vor einem Gericht Beschwerde geführt werden können.
- Kein Verhüllungsverbot in der Schweiz: Der Ständerat hat einen Vorstoss (14.467) von SVP-Nationalrat Wobmann (SO) zu diesem Thema klar abgelehnt. Dieser ist damit erledigt. Weil zum Thema auch eine Volksinitiative hängig ist, wird voraussichtlich aber das Stimmvolk darüber entscheiden.
- Abgelehnt wurde eine parlamentarische Initiative (13.462) von SVP-Nationalrätin Natalie Rickli (ZH), welche höhere Hürden für bedingte Entlassungen aus der Verwahrung verlangte.
- Eine Motion (15.3131), an sämtlichen Grenzübergängen Kameras zur automatischen Fahrzeugerkennung und Verkehrsüberwachung zu installieren fand im Nationalrat eine Mehrheit von 100 zu 89 Stimmen. Die Vorlage geht nun in den Ständerat.
- Angenommen wurde im Ständerat eine Standesinitiative des Kt. SG (16.307), welche eine Verschärfung der bundesgesetzlichen Bestimmungen bezüglich der Erteilung, Verlängerung sowie des Widerrufs von Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen forderte.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (3/7)

Regionaler Personenverkehr

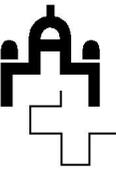
Bundsgeld für die familiener- gänzende Kinderbetreuung

Krankenkassen- prämien von Familien

Pflege von schwerkranke oder schwer- behinderten Kindern

Nachwuchs- Leistungssport

- Spendabel zeigte sich der Ständerat bei den Verpflichtungskrediten für den regionalen Personenverkehr (16.080) für die Jahre 2018-2021. Er erhöhte den bereits sehr hohen Verpflichtungskredit um rund 144 Millionen Franken auf über 4,1 Milliarden Franken.
- Der Ständerat will die familienergänzende Kinderbetreuung (16.055) mit Geld aus der Bundeskasse verbilligen. Wie vom Bundesrat beantragt, stellt die kleine Kammer dafür während fünf Jahren knapp 100 Millionen Franken zur Verfügung. Das Geld geht an jene Kantone, die ihrerseits zu Subventionen bereit sind. Nun muss noch der Nationalrat über die Vorlage entscheiden.
- Knapp angenommen mit nur einer Stimme Differenz wurde eine Vorlage (10.407,13.477), welche die Krankenkassenprämien von Familien und jungen Erwachsenen stärker als heute verbilligen will.
- Das Parlament stimmte einer Gesetzesänderung (12.470) zu, wonach Personen, welche ein schwerkrankes oder schwerbehindertes Kind zu Hause pflegen, mehr Geld erhalten sollen. Heute erhalten betroffene Familien monatlich einen Intensivpflegezuschlag zwischen 470 und 1410 Franken. Dieser wird nun erhöht. Je nach Pflegebedarf erhalten die Familien künftig zwischen 940 und 2350 Franken. Bei der IV führt das zu jährlichen Mehrkosten von insgesamt rund 26,5 Millionen Franken.
- Angenommen wurde eine Kommissionsmotion (17.3014), welche vom Bund verlangt, den Nachwuchs-Leistungssport mit zusätzlichen 15 Millionen Franken pro Jahr zu fördern. Da der Ständerat bereits einen gleichlautenden Vorstoss seiner eigenen Kommission gutgeheissen hat, wird der Bundesrat definitiv beauftragt, diese Mittel bereit zu stellen.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (4/7)

Zahlungsrahmen
für die
Landwirtschaft
2018-2021

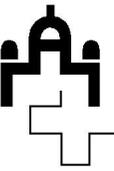
Verlängerung des
Gentech-
Moratoriums

Kennzeichnung
von GVO-freien
Lebensmitteln

Kälber auf
Schlachtvieh-
märkten

Hobbymässige
Haltung von
Kleintieren

- Die Differenzen beim Zahlungsrahmen für die Landwirtschaft 2018-2021 (16.038) wurden bereinigt. Die grosse Kammer stimmte dem Kompromiss des Ständerates zu, welcher 232 Millionen Franken weniger als in der aktuellen Periode ausgeben wollte. Der Bundesrat wollte gar 514 Millionen Franken weniger ausgeben. Damit stehen für die kommenden vier Jahre Mittel von insgesamt 13,56 Milliarden Franken zur Verfügung.
- Auch der Ständerat hat einer Verlängerung des Gentech-Moratoriums (16.056) um vier Jahre mit 39 zu 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt. Bereits zuvor stimmte der Nationalrat mit 146 zu 39 Stimmen bei 3 Enthaltungen zu.
- Angenommen wurden die Forderung (15.4114), welche die Kennzeichnung von gentechfreien Lebensmitteln aus der Schweiz anpassen will.
- Angenommen wurde eine Motion (14.3542) von Nationalrat von Siebenthal (BE), welche verlangt, dass Kälber bereits ab dem Alter von 121 Tagen auf öffentlichen Schlachtviehmärkten angeboten werden dürfen.
- Angenommen wurde eine Erleichterung zur hobbymässigen Haltung von Kleintieren. Der Nationalrat hat einer Motion (16.3622) aus dem Ständerat zugestimmt, sie aber abgeändert. Gemäss dem angepassten Text soll der Wiederaufbau von Kleintier-Bauten erlaubt sein, wenn diese durch höhere Gewalt wie beispielsweise einen Brand zerstört worden sind.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (5/7)

Swisscoy im Kosovo

- Der Verlängerung des Swisscoy-Einsatzes (16.079) im Kosovo bis Ende 2020 wurde zugestimmt.

Fernbusverkehr in der Schweiz

- Angenommen wurde eine Motion (15.4173) zur Liberalisierung des Fernbusverkehrs in der Schweiz.

Regulierungsbremse

- Die grosse Kammer stimmte einem Vorstoss zu, welcher die Prüfung einer Regulierungsbremse auf Bundesebene verlangt (15.3399).

Nein zu bezahlter Elternzeit

- Abgelehnt wurde die Forderung (15.458) einer bezahlten Elternzeit, welche zusätzlich zum 14-wöchigen Mutterschaftsurlaub einen Elternurlaub von maximal 14 Wochen einführen wollte.

Verwaltung der Rütliwiese

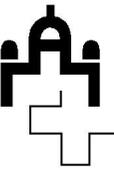
- Abgelehnt wurde ein Vorstoss aus CVP-Kreisen zum Entzug des Mandats zur Verwaltung der Rütliwiese der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft (SGG) «aufgrund ihres parteiischen Verhaltens» und für eine neue Regelung (16.3689) für die Verwaltung der Rütli-Wiese.

Parlamentarische Reisetätigkeit

- Medienschaffende sollen künftig Auskunft über die Reisetätigkeit von Parlamentsmitgliedern auf Kosten der Steuerzahler erhalten. Der Nationalrat hat eine entsprechende parlamentarische Initiative (15.442) von Nationalrat Heer (SVP) gutgeheissen.

Ausserparl. Kommissionen

- Angenommen wurde im Nationalrat die Forderung (16.3967) einer Reduktion der ausserparlamentarischen Kommissionen um einen Drittel.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (6/7)

Veröffentlichung Abstimmungs- resultate

- Ohne Gegenantrag wurde im Nationalrat ein Vorstoss (15.436) von Nationalrätin Geissbühler (SVP) angenommen, welcher verlangt, dass auch im Ständerat alle Abstimmungsergebnisse in Form einer Namensliste veröffentlicht werden. Als nächstes hat der Ständerat darüber zu befinden.

Atemalkoholtest für Bootsführer

- Mit der Revision des Binnenschiffahrtsgesetzes (16.054) wird künftig auch bei Bootsführern ein Atemalkoholtest genügen, um einen zu hohen Pegel nachzuweisen. Kern des Gesetzes ist zudem ein neues System der Sicherheitsaufsicht. Künftig muss der Gesuchsteller nachweisen, dass ein Schiff sicher ist und der zuständigen Behörde die erforderlichen Unterlagen vorlegen.

Gleichstellung öffentliche und private Spitex

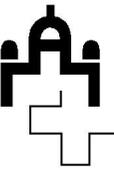
- Angenommen wurde ein Vorstoss (16.3909) der Gesundheitskommission welche vom Bundesrat in einem Bericht verlangt zu prüfen, inwiefern öffentliche und private Spitex rechtlich gleichgestellt werden können.

Transparenz bei der Spitalfinan- zierung

- Angenommen wurde eine Kommissionsmotion (16.3623) welche mehr Transparenz bei der Spitalfinanzierung durch die Kantone verlangt

Berufungs- kammer in Bellinzona

- Bereinigt wurde die Änderung beim Bundesgesetz über das Bundesgericht (13.075). Damit soll eine eigenständige Berufungskammer am Bundesstrafgericht geschaffen werden.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (7/7)

**Untermiete nur
mit Zustimmung
des Vermieters**

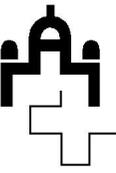
**Keine Mindest-
preise durch
booking.com &
Co.**

**Vereinfachte
AHV-Abrechnung**

**Ausgleichs-
fondsgesetz**

- Angenommen wurde ein Vorstoss (15.455) von SVP-Nationalrat Hans Egloff (ZH) welcher verlangt, dass Wohnungen künftig nur noch mit schriftlicher Zustimmung des Vermieters untervermietet werden dürfen und bei einer Untermiete im schriftlichen Gesuch unter anderem der Untermietzins offengelegt werden muss.
- Online-Buchungsplattformen sollen Schweizer Hoteliers künftig keine Mindestpreise vorschreiben dürfen. Der Ständerat hat eine Motion (16.3902) mit 34 zu 5 Stimmen angenommen. Die sogenannten Preisparitätsklauseln verpflichten die Hotels aktuell, auf ihrer eigenen Internetseite den Preis auf einer oder mehreren Buchungsplattformen nicht zu unterbieten.
- Künftig soll das vereinfachte AHV-Abrechnungsverfahren für Angestellte nicht nur Privathaushalten, sondern auch Kleinbetrieben und Vereinen offenstehen. Ausgeschlossen ist es dagegen für Kapitalgesellschaften und Genossenschaften sowie für im Betrieb mitarbeitende Ehegatten und Kinder.
- Der Nationalrat hat das Ausgleichsfondsgesetz (15.087) bereinigt. Künftig sollen die drei Ausgleichsfonds von Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV), Invalidenversicherung (IV) und Erwerbsersatzordnung (EO) durch eine öffentlich-rechtliche Anstalt mit Namen compenswiss gemeinsam verwaltet werden. Im Gegensatz zum Bundesrat haben sich die beiden Kammern zudem für eine unabhängige Revisionsstelle entschieden.

-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 - 3. Besuch im Bundeshaus**
 4. Aktualitäten



Ein Besuch im Bundeshaus ist während den Sessionen jederzeit möglich – ich würde mich sehr darüber freuen!

Die nächsten Sessionen finden an folgenden Daten statt:

- **Sondersession: 2. – 4. Mai 2017**
- **Sommersession: 29. Mai – 16. Juni 2017**
- **Herbstsession: 11. – 29. September 2017**
- **Wintersession: 27. November – 15. Dezember 2017**

Ein Besuch im Bundeshaus ist wie folgt möglich:

- **Als Gruppe bis max. 40 Personen:**
 - Anmeldung im Internet unter www.parlament.ch:
Home > Services > Besuch im Parlamentsgebäude > Sessionsbesuche
 - Für Rückfragen E-Mail an sessionsbesuche@parl.admin.ch oder Tel. unter +41 58 322 97 11
- **Als Einzelperson oder Gruppe bis max. 4 Personen:**
 - E-Mail an mich
 - Individueller Besuch im Bundeshaus inkl. Besuch der Wandelhalle

-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 3. Besuch im Bundeshaus
 - 4. Aktualitäten**

Unterstützen Sie uns im Kampf gegen das ruinöse Energiegesetz!



Leserbriefe

Schreiben Sie noch heute einen Leserbrief gegen das schädliche Energiegesetz. Sie finden alle Argumente unter <https://energiegesetz-nein.ch/argumente/>

Testimonials

Bitte erstellen Sie jetzt unter dem folgenden Link ein Testimonial und erklären Sie in 1-2 kurzen Sätzen, warum Sie gegen das Energiegesetz kämpfen:

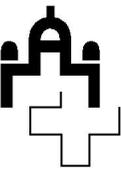
<https://energiegesetz-nein.ch/mitmachen/testimonial-erfassen/>

Veranstaltungen

Nehmen Sie an unseren Podien und Standaktionen teil. Alle Termine finden Sie unter <https://energiegesetz-nein.ch/termine/>

Social Media

Bitte engagieren Sie sich auf diversen Kanälen im Social Media Bereich. Weitere Informationen finden Sie unter <https://energiegesetz-nein.ch/mitmachen/social-media/>



Haben Sie Fragen?